Zur Wahlkampagne der SPD Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 40 vom 2. Oktober 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Boykottiert die Wahl!

Wochenlang haben nun die bürgerlichen Parteien von SPD und CDU bis zu D„K"P und NPD die Städte und Straßen mit einer Plakatflut übergossen, sich in Zeitungen Anzeigenschlachten geliefert und sich in Wahlreden gegenseitig verteufelt — als bestünde zwischen ihnen ein Unterschied wie zwischen Himmel und Hölle. Und je näher der Wahltag kommt, desto größer werden ihre Versprechungen. Da herrscht die reinste Inflation an verlogenen Parolen.

Schon in wenigen Tagen, nach der Wahl, wird man sagen können: Außer Reden — nichts gewesen. Was ist denn aus all ihren Versprechungen der letzten Jahre geworden? Was aus der „sozialen Sicherheit", aus „mehr Demokratie", was aus „Frieden und Entspannung"? Das genaue Gegenteil!

Aber — so werden CDU und SPD sagen — am 3. Oktober geht es um mehr. Ob CDU- oder SPD-Regierung, das stehe doch auf des Messers Schneide, das gelte es am 3. Oktober zu entscheiden. Was aber wird denn mit dem Stimmzettel am 3. Oktober entschieden? SPD/FDP wie auch CDU/CSU haben in ihren Programmen wie in der Praxis stets bewiesen, daß sich ihre Politik gegen die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen richtet. Nicht zwischen CDU und SPD verläuft die Grenze zweier Welten. Vielmehr stehen sie beide samt ihren Herren von Börse, Banken und Konzernen, die sie durch Beraterverträge, Aufsichtsratsposten, durch tausenderlei Fäden und Beziehungen entlohnen, auf einer Seite. Und auf der anderen stehen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen, die von ihnen unterdrückt und ausgebeutet werden. Der Stimmzettel am 3. Oktober entscheidet lediglich darüber, ob wir „aus Liebe zu Deutschland" oder im Namen eines — was immer das sei — „demokratischen Sozialismus" betrogen werden, ob uns in den nächsten vier Jahren der linke oder rechte Stiefel des Kapitals tritt.

Was aber ist mit der D„K"P? Sagt sie nicht, daß alles anders werde, wenn sie ins Parlament gelangt, daß, wenn sie eines Tages die Mehrheit erreichen sollte, sogar der Sozialismus kommt, Inflation, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben? Diese Rattenfänger! Der Sozialismus wird niemals über das Parlament erreicht werden. Welche Rolle spielt denn das bürgerliche Parlament? In ihm wird zwar viel geschwatzt, doch über die wichtigen Fragen wird dort, wie Lenin bereits festgestellt hat, nie entschieden, sondern diese Entscheidungen fallen an der Börse, in den Etagen der Banken und Konzerne. Zudem hängen Inflation, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung nicht von dieser oder jener Regierung im Kapitalismus ab, sondern sind Gesetzmäßigkeiten, die untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden sind. Der Parlamentsschwindel, den die D„K"P wie die anderen bürgerlichen Parteien auch betreibt, dient gerade dazu, dies zu verschleiern, den Werktätigen vorzumachen, diese oder jene Partei könne im Kapitalismus einen grundlegenden Wandel herbeiführen.

Aus Arbeitslosigkeit, Inflation, Ausbeutung und Unterdrückung gibt es für die Arbeiterklasse nur einen Ausweg: den Sturz des Kapitalismus, die proletarische Revolution gegen den gewaltsamen Widerstand der Bourgeoisie und all ihrer Handlanger, die im Traum nicht daran denken, sich abwählen zu lassen, sondern die bis zuletzt versuchen werden, mit blutigem Terror ihre Gewaltherrschaft aufrechtzuerhalten. **Revolutionärer Sturz der Bourgeoisie im Westen und der neuen Bourgeoisie im Osten, Verjagung der beiden Supermächte aus ganz Deutschland — für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland — das ist der einzige Ausweg der deutschen Arbeiterklasse, das ist das Programm der KPD/ML. Für dieses Programm ruft die KPD/ML die Arbeiterklasse und alle Werktätigen auf: Erteilt der Bourgeoisie und ihren Parteien samt ihrem Wahlschwindel am 3. Oktober eine Abfuhr! Boykottiert die Wahl! Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!**



Die Großveranstaltung zur Grundsatzerklärung der KPD/ML in Essen am 4. September bildete den Auftakt von über 30 Veranstaltungen der KPD/ML in Westdeutschland und Westberlin, in denen die Ziele der KPD/ML und die Haltung der KPD/ML zu den Wahlen erläutert wurden.

1. Oktober - 27 Jahre Volksrepublik China



Am 1. Oktober 1949 verkündete Genosse Mao Tsetung von der Tiänanmen-Tribüne in Peking der ganzen Welt feierlich die Gründung der Volksrepublik China. Unter seiner Führung hatte die Kommunistische Partei Chinas die Millionenmassen des Volkes zum Sieg über alle in- und ausländischen Feinde geführt. Damit war der Grundstein gelegt, das ehemals geknechtete, rückständige China in ein großes, blühendes, sozialistisches Land, das heutige China, zu verwandeln. Es lebe die Volksrepublik China, das Bollwerk der Weltrevolution! Ewiger Ruhm dem Genossen Mao Tsetung!

Neugliederung des Krupp-Imperiums angekündigt

Tausenden Krupp-Kollegen droht die Entlassung

Als Anfang des Jahres der Chef der Fried.-Krupp-Hüttenwerke, Mommsen, seinen Abschied nahm, beschwor er den Vorstand noch einmal, gemäß der berüchtigten Krupp'schen Tradition vor dem zweiten Weltkrieg, Krupp wieder zu einem der größten Edelstahlkonzerne Europas zu machen. Diesem Ziel folgend, sollen jetzt nach dem Aufkauf der Stahlwerke Südwestfalen im Rahmen einer „Neugliederung" des Krupp-Imperiums umfassende Rationalisierungsmaßnahmen, Teilstillegungen und Entlassungen durchgeführt werden. Auf der letzten Belegschaftsversammlung der Fried.-Krupp-Hütte in Bochum trat Vorstandsvorsitzender Mintrop persönlich auf — unterstützt durch den reaktionären Betriebsratsvorsitzenden Klöcker —, um diese Pläne vor den Kollegen in ein günstiges Licht zu rücken. Doch sie ernteten empörte und wütende Zwischenrufe der Kollegen. Der „Hammerschlag", die Betriebszeitung der KPD/ML, hatte bereits zwei Wochen vorher die neuen Pläne der Krupp-Kapitalisten enthüllt und entlarvt.

Die Neugliederung der Fried.-Krupp-Hüttenwerke sei, so sagte Mintrop, nach dem Aufkauf der Stahlwerke Südwestfalen notwendig und eine organisatorische Maßnahme, die die Belegschaft nicht betreffe, höchstens die Arbeitsplätze sicherer mache. Eine offene Lüge! Die Konzentration der Stahlkonzerne läuft gerade darauf hinaus, die Bereiche, die die höchsten Profite verheißen, zu großen Anlagen zusammenzufassen und die Anlagen in anderen Bereichen, die ihnen nicht genügend Profite einbringen, stillzulegen. Daß das nicht ohne Entlassungen abgeht, wurde allen Stahlkollegen lich erst bei der Max-Hütte vorexerziert, die von Klöckner aufgekauft wurde. Dort hieß es auch erst, für die Belegschaft bleibe alles beim alten. Und jetzt? Jetzt sollen die ersten tausend Kollegen entlassen werden.

Daß die Konzentration des Kapitals im Stahlbereich nicht etwa Sicherung der Arbeitsplätze bedeutet, wie es die Stahlkapitalisten verlogen verheißen, sondern Entlassungen und Stillegungen zur Folge haben, belegte vor kur-

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

AUS DEM INHALT

Allons "Friedensplan"

Ein Kriegsplan gegen die Palästinenser

Der Außenminister der israelischen Zionisten, Allon, ist mit einem sogenannten „Friedensplan" an die Öffentlichkeit getreten. Dieser Plan ist allerdings nichts anderes als ein teuflisches Komplott, das sich gegen das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker richtet.

Der Plan hat, in Kürze, folgenden Inhalt: 1. Die Schaffung eines „jordanisch-palästinensischen Staates", einschließlich des Westufers des Jordan und von Teilen des Gazastreifens. Diese Teile des „neuen Staates" sollen als entmilitarisierte Zone gelten. 2. Sicherung strategisch wichtiger Stützpunkte auf dem Gebiet des „neuen Staates" für die israelischen Zionisten. Dazu sollen unter anderem Jerusalem und der Hafen Scharm El-Sheik an der Südspitze der Sinai-Halbinsel gehören.

Das erste und wichtigste Ziel dieses Planes besteht darin, die palästinensische Revolution abzuwürgen, die PLO, die legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, auszuschalten und den israelischen Zionisten eine Garantie für die Existenz ihres Staates, seine formelle Anerkennung durch das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker zu verschaffen. Das wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß der „neue Staat", den Allon im Auge hat, das palästinensische Volk an das reaktionäre Regime des jordanischen Königs Hussein ausliefern würde. **Niemals aber kann sich das palästinensische Volk in die Hände dieses Reaktionärs und Kettenhundes des Imperialismus ausliefern, des Schlächters von Tausenden von Palästinensern im September 1970.** Wenn das palästinensische Volk und die PLO zugleich in einer „entmilitarisierten Zone" Waffen aus der Hand legen sollen, mit denen sie jetzt für ihre Freiheit kämpfen, dann steckt dahinter die Absicht, das palästinensische Volk zu entwaffnen und es in der Zange zwischen der jordanischen Reaktion auf der einen und den israelischen Zionisten auf der anderen Seite zu zerreiben. Schon allein aus diesem Grund kann das palästinensische Volk dem angeblichen „Friedensplan" Allons niemals zustimmen.

Mehr noch. Allons Plan ist untrennbar mit der Anerkennung des Existenzrechtes des Staates der israelischen Zionisten verbunden. Aber dieser Staat ist ein kolonialistisches, rassistisches Regime auf palästinensischem Boden. Er gleicht dem kolonialistischen Regime der südafrikanischen Rassisten über das Volk von Azania. Das palästinensische Volk kann sich mit der Existenz dieses Regimes niemals abfinden. In seiner Rede vor der Vollversammlung der UNO im November 1974 erklärte Yassir Arafat, der Führer der PLO, deshalb: *„So teilte sie (die UNO 1947 —* RM), *was sie gar nicht teilen darf: das Land einer Nation. Wir aber lehnten diesen Beschluß ab, wie die leibhaftige Mutter jenes Kindes, die, als eine andere Frau es ihr streitig machte, es ablehnte, daß Salomon ihr Kind in zwei Teile schnitt. Obwohl der Teilungsplan den kolonialistischen Einwanderern 54% des palästinensischen Bodens schenkte, war ihnen dies noch nicht genug. Sie führten daher einen Terrorkrieg gegen die arabische Zivilbevölkerung, besetzten 81% der Gesamtfläche Palästinas und vertrieben eine Million Araber, raubten somit 524 arabische Dörfer und Städte, zerstörten davon 385 und machten sie dem Erdboden gleich. Sie bauten ihre Siedlungen und Kolonien auf diesen Ruinen und auf unseren Feldern und Gärten."*

Das palästinensische Volk kämpft deshalb für den revolutionären Sturz des zionistischen Regimes, für die Rückkehr in seine Heimat und die Errichtung eines demokratischen, antiimperialistischen Palästina, in dem Moslems, Juden und Christen einträchtig nebeneinander leben können.

Die Tatsache, daß sich die israelischen Zionisten schwer bewaffnete, strategisch günstige Stützpunkte im Herzen des „neuen Staates" vorbehalten, macht den teuflischen Charakter des „Allon-Planes" nur noch deutlicher.

Der Plan Allons hat unter den israelischen Zionisten eine Kontroverse ausgelöst und seine Verwirklichung steht in den Sternen. Dennoch ist seine Veröffentlichung kein Zufall. Solche Pläne gibt es schon seit langem. Sie wurden nicht nur von den israelischen Zionisten aufgestellt, sondern auch von den beiden imperialistischen Supermächten, der Sowjetunion und den USA. Sie haben immer dazu gedient, das palästinensische Volk in die Falle zu locken, ein psychologisches Klima des Drucks und der Erpressung zu schaffen, um das palästinensische Volk zu entwaffnen. Das ist diesmal nicht anders. Der barbarische Völkermord im Libanon, für den die beiden Supermächte, die israelischen Zionisten und die arabische Reaktion verantwortlich sind, und die Veröffentlichung solcher Pläne sind nur zwei Seiten einer Medaille.

Das palästinensische Volk hat jedoch mehr als einmal gezeigt, daß es nicht bereit ist, dem militärischen Druck und den Komplotten nachzugeben. Es gibt seine Antwort auf dem Schlachtfeld, es gibt seine Antwort in den Kämpfen der Volksmassen auf dem Westufer des Jordan, die seit Monaten andauern und sich von Tag zu Tag verstärken: Sein Weg ist die Revolution.



Boykottiert die Wahl! Informationsstand der KPD/ML in Wetzlar.

Frankfurter Bestechungsskandal

Die SPD kassierte mindestens 600 000 DM

„Seit Monaten" ermittelt ein Untersuchungsausschuß des hessischen Landtages: Hat eine libanesische Finanzgruppe die SPD-Spitzen der Stadt Frankfurt bestochen? Flossen als Gegenleistung für die Vergabe der Konzession für die Tiefgaragen am Frankfurter Flughafen 1972 200 000 DM und noch mehr auf die Konten der Stadträte und Parteibonzen?

Zweifel darüber gibt es allerdings kaum. Das wurde erst jetzt wieder durch die Enthüllungen eines gewissen Nagib Nahas bestätigt, eines ehemaligen Kompagnons des Flughafenpächters Abela.

So sah sich die „Welt" aufgrund der Enthüllungen Nahas gezwungen zu schreiben: „So staunten die Libanesen, als dem verdutzten Oberbürgermeister Arndt im Jahre 1972 die ‚Tiefgaragenspende' in die Hand gedrückt wurde, nicht schlecht, daß diese Menge Bargeld (es handelte sich um 200 000 DM — RM) bei keinem Deutschen auch nur den geringsten Suspekt (Verdacht — RM) erregte, denn im allgemein üblichen Geschäftsverkehr werden bereits Summen ab 1 000 DM per Verrechnungsscheck oder Überweisung, die gleichzeitig als Quittung gelten, übergeben."

Allerdings: Ein „allgemein übliches Geschäft" war das natürlich nicht. Und warum sollten schließlich die beteiligten Stadträte und Parteibonzen Verdacht schöpfen? Sie wußten ja schließlich, worum es ging, als sie die Hand aufhielten.

Für Abela waren die 200 000 DM gut angelegt. Am 30. März 1972 übernahm er die Tiefgaragen am Frankfurter Flughafen. Aber erst am 8. September unterzeichnete er den Pachtvertrag mit der Flughafen AG, die sich übrigens zu gleichen Teilen im Besitz der Stadt Frankfurt, des Landes Hessen und des Bundes befindet. Allein in diesen fünf vertragslosen Monaten scheffelte Abela sage und schreibe 3,6 Millionen DM in bar.

Und weil es mit den Tiefgaragen so gut geklappt hatte, versuchte Abela dasselbe Spiel ein zweites Mal — und wieder mit Erfolg. In den Buchungsunterlagen fehlen nämlich weitere 400 000 DM. Sie wurden zwar abgehoben, aber sämtliche Belege darüber fehlen. Was wurde damit gemacht? Wurden sie auch einem „verdutzten Oberbürgermeister in die Hand gedrückt"? Jedenfalls stellt Nahas die Frage, warum sich denn eigentlich niemand darüber wundert, daß Abela auch die Konzession für das Frankfurter Flughafenrestaurant bekommen hat — ohne öffentliche Ausschreibung übrigens. Bei einem Tagesumsatz von 14 000 DM kein Pappenstiel.

Frankfurt, ein Einzelfall? Keineswegs. Am 2. September fragt z. B. die „Süddeutsche Zeitung" in ihrem Münchener Lokalteil: „Dunkle Geschäfte im Stadt-Presseamt?" Es geht dabei um die Beschuldigung gegen den Leiter des Münchner Presseamtes, für die Vergabe von Werbeaufträgen „Geld verlangt und erhalten zu haben". Und vor einiger Zeit wurde in Dortmund bekannt, daß Stadträte in Dortmund bei der Vergabe von Bauaufträgen für die „Neue Heimat" in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. „Das Volk zu vertreten und nur seinem Gewissen verantwortlich zu sein", ist schon ein lukratives Geschäft. Und schließlich, was der SPD recht ist, kann der CDU nur billig sein.

Im Frankfurter Bestechungsfall ließ Abela nämlich auch gleich 200 000 DM für die Opposition springen, um ganz sicher zu gehen. Kein Wunder, daß der Untersuchungsausschuß des hessischen Landtages seit Monaten „ermittelt". Eine Hand wäscht schließlich die andere.

Offen gesagt ...

Ein Gaunerstück

„Saubermann" Strauß ist in Bedrängnis. Im Lockheed-Skandal kommen immer neue Fakten auf den Tisch. Sie zeigen: Auch Strauß hat beide Hände aufgehalten, als es um die Verteilung der Lockheed-Millionen ging.

Jetzt wurde bekannt, daß Strauß sozusagen „reinen Tisch" gemacht hat. Alle Akten aus den Jahren 1955 und 1956, die sich mit dem Verkauf von Starfightern an die Bundesrepublik befassen, sind aus dem Bundesverteidigungsministerium verschwunden. Es fehlt selbst der von der Geschäftsordnung für die Bundesministerien vorgeschriebene „Vernichtungsvermerk", der bei jeder Akte, die in den Reißwolf kommt, angelegt und für unbegrenzte Zeit aufgehoben werden muß. Die Akten sind nicht erst seit heute verschwunden, sondern auf jeden Fall vor 1966. Sie wurden schon damals gesucht, waren aber nicht aufzufinden.

Strauß selbst weiß natürlich wieder einmal von nichts: „Wenn ... Akten verschleppt worden sind, dann müssen Sie meine Nachfolger fragen." Das ist ja nun geradezu lächerlich. Als Strauß 1962 wegen seiner Lügen von dem Posten des Verteidigungsministers zurücktreten mußte, hat er bergeweise Akten weggeschleppt und mit nach Hause genommen. Selbst als sein Nachfolger von Hassel schon im Amt war, ging Strauß noch im Verteidigungsministerium ein und aus und ließ Akten abtransportieren. Ebenso lächerlich ist es, wenn ein Staatssekretär jetzt erklärt, möglicherweise seien die Akten bei einem Wasserrohrbruch vernichtet worden. Einen solchen Wasserrohrbruch hat es nie gegeben. Und ein anderer Beamter: Möglicherweise könnten die Akten beim Umzug des Verteidigungsministeriums in ein anderes Gebäude „verlorengegangen" sein.

In Wirklichkeit liegt die Erklärung für das Verschwinden der **Lockheed-Akten auf der Hand.** Strauß hat sie selbst weggeschleppt oder wegschleppen lassen, um seine zwielichtige Rolle in der Bestechungsaffäre Lockheed zu vertuschen. Ein Gaunerstück.

Jetzt fordern alle bürgerlichen Parteien einen Untersuchungsausschuß. Angeblich soll dadurch die Lockheed-Affäre aufgeklärt werden. Wie jedoch die Erfahrungen zeigen, wird das Ganze ausgehen wie das Hornberger Schießen. Eine Hand wäscht schließlich die andere. Immerhin hat Strauß schon verlauten lassen, es werde Zeit, einmal den Verwendungszweck der Gelder des amerikanischen Konzerns Northrop zu untersuchen, die zu Zeiten des Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt nach Bonn geflossen sind.

Korruption und Bestechlichkeit gehören zum bürgerlichen Parlamentarismus wie das Hemd zur Hose. Das hat schon Lenin festgestellt. Heute haben, wie nicht zuletzt die Lockheed-Affäre beweist, die bereits zu einem internationalen „Watergate" geworden ist, Korruption und Bestechlichkeit unglaubliche Ausmaße angenommen. Die angeblichen Volksvertreter in den bürgerlichen Parlamenten, die auf Kosten der werktätigen Massen ein Leben wie die Drohnen führen, verdienen wahrhaftig nichts anderes, als von den Volksmassen in der sozialistischen Revolution auseinandergejagt zu werden.

Kurz berichtet

KASSEL

Am 13. September hat die Ortsgruppe Kassel der KPD/ML eine Veranstaltung zur Grundsatzerklärung der Partei durchgeführt. Die Rede hielt Genosse Ernst Aust. Zu der Veranstaltung waren, obwohl der Wirt kurzfristig abgesagt hatte und noch am gleichen Abend ein neuer Raum besorgt werden mußte, 85 Freunde und Genossen gekommen. Zur Vorbereitung der Veranstaltung hatten die Genossen bereits über 15.000 Grundsatzerklärungen verteilt und gesteckt.

BREMEN

Nachdem die Grundsatzerklärung der Partei in fast alle Bremer Arbeiterfamilien getragen worden war, fand am 17. September in Gröpelingen eine Veranstaltung der KPD/ML und der ROTEN GARDE statt. Von den ca. 80 Versammelten waren etwa 30, darunter hauptsächlich junge Arbeiter zum ersten Mal zu einer Parteiveranstaltung gekommen. Die Fragen dieser neuen Kollegen und ihre zum Teil begeisterte Übereinstimmung mit der Linie der Grundsatzerklärung bestimmten das Bild der Versammlung. Auf der Versammlung, die mit einer Ehrung des Genossen Mao Tsetung begann, wurden fast 280 DM gespendet. Nach der Veranstaltung diskutierten die Genossen noch an den Tischen mit den vielen neuen Kollegen, die gekommen waren.

HERNE

An 24. September führte die Partei ihre erste öffentliche Veranstaltung in Herne durch. Thema war die Grundsatzerklärung der Partei. Zu der Veranstaltung, die in kämpferischem Geist durchgeführt wurde, waren 24 Freunde und Genossen gekommen. Ein weiteres Thema der Veranstaltung waren die Bundestagswahlen. Es wurden Lieder gesungen und Gedichte vorgetragen. Die Teilnehmer der Veranstaltung spendeten 145 DM für die Verbreitung der Grundsatzerklärung.

RECKLINGHAUSEN

Am 3. September kam Willy Brandt nach Recklinghausen, um auf dem größten Platz der Innenstadt seine Wahlschau abzuhalten. Die Genossen der Partei und der ROTEN GARDE hatten sich vorgenommen, diesem Prediger der parlamentarischen Illusionen entgegenzutreten. Schon vor Beginn der Rede wurde der „Rote Morgen" verkauft. Nachdem Brandt angefangen hatte zu sprechen, kletterte ein Trupp von Genossen einen Betonpfeiler hoch und entfaltete das Transparent: „Boykottiert den Wahlschwindel — Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!" Die Sprechchöre der Genossen waren bis weit auf den Platz zu hören, und immer mehr Menschen drehten sich um, um das Transparent anzusehen. Schließlich sah sich Brandt gezwungen darauf einzugehen. Er hetzte, die Genossen sollten doch „nach drüben" gehen, und drohte schließlich, wenn die Genossen nicht sofort weg wären, würde er dafür sorgen. In diesem Moment drehten sich alle 7.000 bis 8.000 Menschen auf dem Platz um zu der Stelle, wo das Transparent war. Die Genossen riefen weiter Parolen und verschwanden rechtzeitig vor einem mit Maschinenpistolen ausgerüsteten Trupp von 30 Polizisten. Im Verlauf der Aktion konnten etwa 20 „Rote Morgen" verkauft werden.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

"Demokratischer Sozialismus"= Kapitalistische Politik

Die SPD ist kein "kleineres Übel"!

Unsere Partei hat aufgerufen, die Bundestagswahlen zu boykottieren. Wir setzen dem Wahlkampf der bürgerlichen Parteien, und im besonderen der Illusionsmacherei und revisionistischen Propaganda der D„K"P, die massenhafte Verbreitung unserer Grundsatzerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" entgegen. Gleichzeitig nehmen wir natürlich auch Stellung zur Propaganda und den Parolen der bürgerlichen Parteien und entlarven, was sich hinter den schönen Worten und Versprechungen in Wahrheit verbirgt. Der folgende Artikel beschäftigt sich mit der SPD.

Die SPD bekommt von der CDU in diesem Wahlkampf wieder verstärkt das Etikett „sozialistisch" angeheftet. Den Herren Schmidt, Brandt und Wehner ist das nicht unbedingt unwillkommen. Denn die SPD hat ihr Wählerreservoir ja hauptsächlich in den Reihen der Werktätigen. Unter den Arbeitern besteht jedoch eine wachsende Ablehnung der kapitalistischen Verhältnisse und ein immer stärkerer Drang zum Sozialismus. Weil dies so ist, weil die Arbeiter den Kapitalismus hassen, gibt sich die SPD als Partei, die eher gegen den Kapitalismus ist als die FDP oder gar die CDU/CSU, gibt sie sich einen sozialistischen Anstrich.

Viele Kollegen glauben auch heute noch, trotz der bitteren Erfahrungen seit der Bildung der SPD/FDP-Regierung vor nunmehr bereits sieben Jahren, daß die SPD an der Regierung zumindest ein kleineres Übel als eine CDU/CSU-Regierung wäre. Aber Tatsache ist: Alle die Versprechungen, die Brandt und Schmidt gemacht haben, sind praktisch nicht erfüllt. Niemand kann heute leugnen, daß sich die Lage der werktätigen Massen verschlechtert hat. Statt Vollbeschäftigung: ein riesiges Arbeitslosenheer. Statt „Verbesserung der Lebensqualität": sinkender Lebensstandard, wachsende Vergiftung der Umwelt, Abbau sozialer Versorgung usw. Statt „mehr Demokratie": Abbau demokratischer Rechte, umsichgreifende politische Unterdrückung, Ausbau des staatlichen Gewalt- und Unterdrückungsappates, Berufsverbote, Faschisierung. Statt „Entspannung" und „Sicherung des Friedens": wachsende Kriegsgefahr und fieberhafte Aufrüstung.

„Modell Deutschland" — Ein Modell der Ausbeutung und Unterdrückung

So sieht die „arbeiterfreundliche" Politik der SPD-Regierung aus. Aber um zu verhindern, daß die Menschen ihre Illusionen vom „kleineren Übel" vollends verlieren, kommen die SPD-Politiker jetzt mit ihrem Schlagwort vom „Modell Deutschland" an. Sie sagen: Bei einer weltweiten Wirtschaftskrise konnte auch die Bundesrepublik keine ruhige Insel bleiben. „Wir stehen besser da, als alle anderen Länder, unsere Inflationsrate ist die niedrigste, die Arbeitslosigkeit hält sich in Grenzen, wir haben den sozialen Frieden gesichert... Die anderen beneiden uns doch!"

Diese Logik ist wirklich großartig! Weil es woanders zwei Millionen Arbeitslose gibt, sollen wir glücklich und zufrieden sein, daß wir „nur" eine Million haben. Sicher: Unter Blinden ist der Einäugige König. Was Schmidt und Brandt allerdings mit Schweigen übergehen, ist die Tatsache, daß das Arbeitslosenheer bei uns noch weitaus höher wäre, wenn man die 600 000 ausländischen Kollegen hinzurechnen würde, die sie aus dem Land gejagt haben, zurück in das noch größere Elend ihrer Heimatländer, nachdem man jahrzehntelang riesige Profite aus ihren Knochen gepreßt hatte.

Aber noch etwas anderes verschweigen die Herren SPD-Politiker. Es gibt Länder, in denen trotz der weltweiten Wirtschaftskrise keine Spur von Arbeitslosigkeit und Inflation zu finden ist. Das sind die wirklich sozialistischen Länder, das ist China und Albanien. Das ist das „Modell", das für die Arbeiter tatsächlich Vorbild ist: China und Albanien haben die stabilsten Währungen der Welt. Als einziger Staat der Welt hat China keinen Pfennig Schulden, weder im Ausland noch im eigenen Land. Seit die Revolution in China und Albanien mit der Ausbeuterordnung Schluß gemacht hat, hat sich dort die Lage der werktätigen Massen ständig verbessert und ein großartiger Aufschwung der Industrie und Landwirtschaft vollzog sich und vollzieht sich weiterhin.

Für das „Modell Deutschland" der Herren Schmidt und Brandt dagegen schwärmen vor allem die ausländischen Kapitalisten. Sie beneiden ihre deutschen Konkurrenten um die riesigen Profite, die sie aus unseren Knochen herauspressen und um die starken Stellungen auf den Weltmärkten. Der Tribut, den wir Arbeiter und kleinen Angestellten für dieses Modell der Ausbeutung und Unterdrückung bezahlen müssen, ist schwer. So liegt z.B. die Bundesrepublik in Westeuropa mit der Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten nach Italien an der Spitze: 1974 betrug ihre Zahl 2,2 Millionen. Davon verliefen weit über 2 000 Fälle tödlich. Ein anderes Beispiel ist die Säuglingssterblichkeit. Auch hier liegt die Bundesrepublik unter den Ländern Europas an der Spitze.

Ganz im Gegensatz zu den ausländischen Kapitalisten halten die Werktätigen unserer Nachbarländer ganz und gar nichts vom „Modell Deutschland". Sie betrachten dieses „Modell" vielmehr mit großem Argwohn. Sie sehen, daß die Faschisierung massiv vorangetrieben wird, sie sehen auch, daß Bonn zunehmend gegenüber anderen Ländern als anmaßende imperialistische Macht auftritt und Vorherrschaftsbestrebungen verfolgt. Sie sehen, daß der westdeutsche Imperialismus nach den beiden Supermächten die stärkste Angriffsarmee aufgebaut hat.

Was steckt hinter dem „Demokratischen Sozialismus"?

Die Herren Schmidt, Brandt und Co. stellen als besonders beispielhaft am „Modell Deutschland" heraus, daß sie es angeblich geschafft hätten, den „sozialen Frieden" zu bewahren. Sie versuchen uns weiszumachen, die wirtschaftliche Zerrüttung in Ländern wie etwa England oder Italien sei durch den Klassenkampf verursacht worden.



Nicht nur im Wahlkampf, wo die Bonzen mit Polizeieskorte und Gorillabewachung auftreten, zeigt sich, was die SPD unter „mehr Freiheit" und „sozialer Demokratie" versteht: verstärkte Aufrüstung gegen das Volk.

Aber nicht nur die Tatsache, daß schon seit mehr als zwei Jahren ein großes Arbeitslosenheer bei uns besteht, genauso auch die ständigen Angriffe der Kapitalisten in den Betrieben, die weitere brutale Verschärfung der Arbeitshetze, die ständigen versteckten und offenen Angriffe auf die Löhne, die Schikanen und Unterdrückungsmaßnahmen, die Entlassungen älterer oder gesundheitlich angeschlagener Kollegen, all das zeigt, daß es in Wahrheit keinen „sozialen Frieden" geben kann, daß dieser „Frieden" nichts anderes bedeutet, als daß wir uns von den Kapitalisten „in Frieden" ausbeuten und unterdrücken lassen sollen.

Die SPD will mit ihren Phrasen von „sozialem Frieden", von der „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit", von „Demokratischem Sozialismus" davon ablenken, daß auch hier in der Bundesrepublik eine Handvoll von reichen Schmarotzern, eine kleine Oberschicht von Fabrik- und Bankherren ungeheure Reichtümer zusammenraffen, während unter den Arbeitern und kleinen Angestellten, die alle diese Reichtümer durch ihrer Hände Arbeit schaffen, sich zunehmend Armut, Not, Verelendung ausbreiten.

In Wirklichkeit dient das Geschwätz vom „sozialen Frieden" nur dazu, die Arbeiterschaft davon abzuhalten, für ihre Interessen zu kämpfen. Aus Furcht vor der Gefährdung der angeblichen „wirtschaftlichen Stabilität", die es im Kapitalismus gar nicht gibt und nicht geben kann, sollen wir uns mit den „wirtschaftlich vertretbaren" Lohnforderungen des arbeiterfeindlichen DGB-Apparates zufriedengeben. Wir sollen wie die Lämmer zusehen, wie man uns noch schärfer ausbeutet, wie sich die Kapitalisten noch hemmungsloser an uns bereichern, aus Angst davor, es könnte noch schlimmer kommen, wenn wir uns dagegen wehren.

Statt uns im revolutionären Klassenkampf zusammenzuschließen, sollen wir an das Märchen glauben, daß es zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse eine „gemeinsame Interessenbasis" gibt. Anstatt zu kämpfen, sollen wir uns mit den Kapitalisten „gleichberechtigt" fühlen, weil einige bestochene Arbeiterverräter und Bonzen des reaktionären Gewerkschaftsapparates in den Aufsichtsräten und Werksvorständen bei unserer Ausbeutung und Unterdrückung „mitbestimmen". Das wollen die SPD-Führer mit ihren verlogenen Phrasen erreichen.

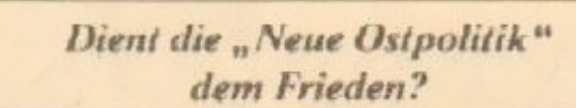
Welche „Freiheit" meint die SPD?

Wie verlogen diese Sprüche der SPD-Führer sind, wird auch dadurch belegt, daß die Regierung, während sie den „sozialen Frieden" predigt, im Dienst des Monopolkapitals wahre Raubzüge gegen das werktätige Volk durchgeführt hat und weiter durchführt. So wurden durch die Steuerreform den werktätigen Massen Milliarden aus der Tasche gezogen, die man dann wieder den Monopolen in Form von Investitionszulagen in den Rachen warf. Daß die Investitionen, die die Kapitalisten mit diesen Geldern durchführten, nicht etwa der Erhaltung der Arbeitsplätze dienten, wie vorgegeben wurde, sondern vielmehr dazu, Arbeitsplätze wegzurationalisieren und dadurch die Profite zu steigern, wußten die Herren Schmidt, Friderichs und Konsorten natürlich von Anfang an.

Die SPD war es auch, die das neue verschärfte Betriebsverfassungsgesetz ausarbeitete, das 1972 erlassen wurde. Dieses Gesetz soll die Arbeiter bekanntlich zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten zwingen. Es bedroht jeden Arbeiter, der sich für den Widerstand gegen die Ausbeutungsmaßnahmen der Kapitalisten einsetzt, mit Entlassung, bildet die Grundlage für den Rausschmiß roter Betriebsräte usw. usf.

Und wie gut passen doch die Sprüche vom „sozialen Frieden" zu der Tatsache, daß gerade die SPD/FDP-Regierung in den letzten Jahren die Polizei immer stärker zu einer Bürgerkriegstruppe des Kapitals ausgebaut und aufgerüstet hat, daß ein Gesetz nach dem anderen verabschiedet wurde, um demokratische Rechte weiter einzuschränken, um der Polizei und Justiz bei der politischen Unterdrückung, bei der Verfolgung der Marxisten-Leninisten freie Hand zu geben und um brutale terroristische Maßnahmen gegen Demonstranten legal abzusichern. Denken wir an die Gesetze, die den Todesschuß durch die Polizei legalisieren oder die die Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren vorsehen. Oder denken wir auch an den Paragraphen 88 a, den sogenannten „Gewaltparagraphen", der sogar die Befürwortung von sogenannten „wilden" Streiks zum Straftatbestand erklärt. So hat die SPD/FDP-Regierung die Faschisierung vorangetrieben.

All das zeigt deutlich genug, welche „Freiheit" die SPD-Führer meinen, wenn sie mit dem Wahlslogan hausieren gehen: „Wir verstehen mehr von Freiheit". Genauso wie die CDU/CSU meinen sie nichts anderes, als die Freiheit der Kapitalisten, die Arbeiterklasse ausbeuten und unterdrücken zu können.



Dient die „Neue Ostpolitik" dem Frieden?

Durch die Innenpolitik der SPD/FDP-Regierung sind viele Werktätige in ihrem Glauben an das „kleinere Übel" SPD stark erschüttert worden. Anders verhält es sich allerdings in Bezug auf die Außenpolitik. Immer noch glauben viele, daß die SPD, daß „Friedenswilly", im Gegensatz zur CDU/CSU eher eine Politik durchführen, die dem Frieden dient.

Aber stimmt es denn, daß die „neue Ostpolitik" der Friedenssicherung und der „Aussöhnung" unseres Volkes mit den Völkern im Osten dient? Tatsache ist, daß sich die Kriegsgefahr in den vergangenen Jahren zunehmend verschärft hat. So laut gerade Breschnew und Ford die Propagandatrommel der Friedensdemagogie rühren, so sehr sprechen ihre fieberhaften Kriegsvorbereitungen eine ganz andere Sprache. Überall auf der Welt geraten die beiden Supermächte sich in die Haare, zeigt sich ihr erbitterter Kampf um Weltherrschaft. Diese Rivalität ist die Hauptquelle der Gefahr eines neuen Weltkrieges. Insbesondere die Sowjetunion, die ihre ganze Wirtschaft auf Kriegsrüstung ausgerichtet hat, drängt heute nach einer Neuaufteilung der Welt zu ihren Gunsten. Der russische Sozialimperialismus versucht überall, in die Herrschaftsbereiche des USA-Imperialismus vorzustoßen. Das Zentrum des Ringens der beiden Supermächte ist Europa und insbesondere Deutschland, wo sie sich beide waffenstarrend gegenüberstehen.

Schaut man sich die Rolle an, die die Politik der Bundesregierung, die der westdeutsche Imperialismus in diesem Zusammenhang spielt, dann verflüchtigen sich die Propagandanebel, die Brandt und Schmidt über „Entspannung", „Friedenssicherung", „Versöhnung" usw. verbreitet haben. Dann wird klar, daß diese Politik praktisch nichts anderes ist, als die Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten mit den beiden Hauptkriegstreibern, daß Bonn versucht, indem es die Rivalität der beiden Supermächte ausnutzt, in ihrem Windschatten seine eigenen räuberischen, revanchistischen Ziele zu verfolgen. Dabei ist es der Plan des westdeutschen Imperialismus, als Komplize und Handlanger des USA-Imperialismus am Kampf um die Neuaufteilung der Welt teilzunehmen. „Bis zu einem gewissen Grad — so empfinde ich es — sind wir alle Amerikaner geworden. Das trifft auf die Bundesrepublik Deutschland zu..." Das erklärte Bundeskanzler Schmidt, als er vor einiger Zeit in Washington war. Mit der 665 000 Mann starken Bundeswehr, mit 32 Milliarden Rüstungsausgaben im Jahr ist Bonn der wichtigste Stützpfeiler des von den USA beherrschten aggressiven NATO-Paktes. Auch unter der SPD ist die Bundesrepublik der eifrigste und bereitwilligste Sachwalter der amerikanischen Interessen und der Oberherrschaft des USA-Imperialismus geblieben.

Was durch die „neue Ostpolitik" der SPD hinzukam, ist allerdings, daß die westdeutschen Imperialisten stärker mit dem russischen Sozialimperialismus zusammenarbeiten. Die Zugeständnisse, die Moskau z.B. in Bezug auf die Berlin-Frage und in Bezug auf die Ausklammerung der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR an Bonn machte, haben den Zweck, stärkeren Einfluß auf die Bundesrepublik zu erlangen. Sie sind ein Köder, mit dem Moskau darauf abzielt, Widersprüche zwischen Westdeutschland und den USA auszunutzen und zu verschärfen, um seinem Ziel näherzukommen, eines Tages ganz Europa an sich reißen zu können. Und mit den Profiten, die die westdeutschen Monopole durch die großen Aufträge aus der Sowjetunion schlucken, ist gleichzeitig eine stärkere Bindung der Bundesrepublik an diese aggressive Supermacht verknüpft.

Die „neue Ostpolitik" bedeutet aus all diesen Gründen keineswegs, daß irgendeine „Entspannung" gefördert wird, sondern daß die Kriegsgefahr in Europa durch den westdeutschen Imperialismus noch geschürt wird.

Willy Brandt — ein gerissener Demagoge

Daß die Regierung gleichzeitig die Kriegsgefahr verharmlost, daß sie dem russischen Sozialimperialismus „Friedensabsichten" bescheinigt, ist nur ein Ausdruck dafür, daß ihre Politik den Interessen des deutschen Volkes und der anderen europäischen Völker ins Gesicht schlägt.

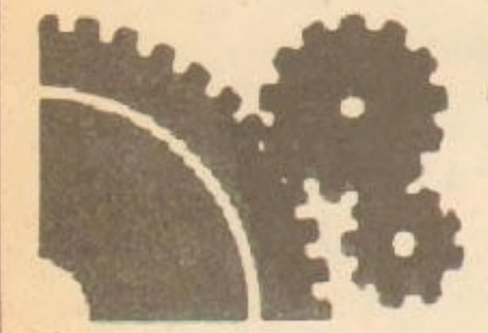
Um besser zu durchschauen, was für ein gerissener Demagoge „Friedenswilly" Brandt ist, ist es nützlich, wenn man weiß, welche Rolle die SPD in den Jahren nach 1945 gespielt hat.

Nur mit Hilfe der SPD gelang es den Imperialisten damals zu verhindern, daß die Arbeiterklasse die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens durchsetzte und die Herrschaft der Krupp und Thyssen, der außerordentlich aggressiven, räuberischen und profithungrigen deutschen Monopolbourgeoisie, endgültig zerschlug und damit den deutschen Militarismus mit der Wurzel ausrottete. Die SPD sabotierte den Kampf der Werktätigen in den Westzonen für ein einheitliches Deutschland, für die Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht, für den Sozialismus mit allen Mitteln. Der reaktionäre DGB-Apparat, der vom amerikanischen Geheimdienst CIA mit aufgebaut wurde, und mit dem die SPD eng verflochten ist, leistete dabei eine entscheidende Hilfe. SPD und DGB-Apparat unterstützten die Gründung des Bonner Staates, was die Vollendung der Spaltung Deutschlands und die Kontrolle des USA-Imperialismus über Westdeutschland auf unabsehbare Zeit bedeutete. Sie sabotierten auch den Kampf gegen die Wiederbewaffnung der deutschen Monopolbourgoisie, gegen die Remilitarisierung. Sie beteiligten sich vorbehaltlos an der hemmungslosen antikommunistischen Hetzkampagne gegen die damals noch sozialistische DDR und Sowjetunion. Sie unterstützten das Verbot der KPD.

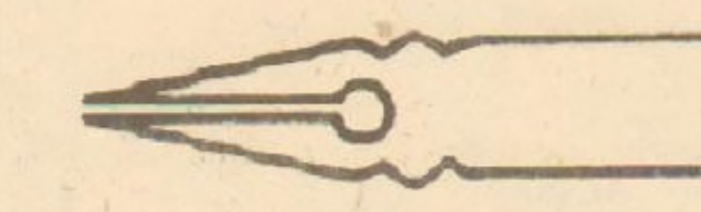
Damals, als die Warschauer-Pakt-Staaten noch revolutionär waren, als dort der Sozialismus noch nicht zerschlagen worden war, damals hatten sie nur Haß und Hetze für sie übrig. Heute jedoch, wo diese Länder von neuen Ausbeutern beherrscht werden, wo sie wieder (trotz sozialistischer Fassade) kapitalistisch sind, ist man plötzlich für Freundschaft und Versöhnung! Dagegen hat die SPD für das kleine Albanien, das am Sozialismus, an der Diktatur des Proletariats festhielt, auch heute nur Haß und Hetze übrig. Albanien gegenüber verweigert die Bundesregierung nach wie vor die Zahlung der Kriegsreparationen! An dieser Art „Versöhnungspolitik" ist tatsächlich alles faul!

So berechtigt es auch ist, wenn die Werktätigen die Scharfmacherparolen und das offen revanchistische Auftreten der CDU/CSU ablehnen, sowenig darf man sich Illusionen darüber machen, daß die SPD mit ihrer „neuen Ostpolitik" tatsächlich gegen die Kriegsgefahr auftritt. Auch in dieser Beziehung ist die SPD kein kleineres Übel, sondern eher ein größeres. Denn sie versteht es, geschickt an dem Wunsch der Bevölkerung nach Frieden, an dem Haß gegenüber Revanchismus und Militarismus anzuknüpfen, und die aggressiven und verbrecherischen Ziele des westdeutschen Imperialismus besser zu tarnen. Die SPD ist genauso wie die CDU/CSU eine direkte Partei der Monopolbourgeoisie. Sie wurde deshalb zur Regierungspartei, weil sie den Umständen gemäß am geeignetsten für das Monopolkapital war, seine Geschäfte zu verwalten, und seine aggressiven Pläne, seine Profit- und Machtinteressen nach außen und nach innen durchzusetzen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Schwerer Unfall im Eisenbahnausbesserungswerk

Im Eisenbahnausbesserungswerk Bremen-Sebaldsbrück passierte letzte Woche ein schwerer Unfall: Beim Verschrotten mittels Schneidbrenner explodierte ein leerer Diesel-Tank. Der Kollege wurde durch die Luft geschleudert und fiel auf eine Eisenschiene. Schwere Verbrennungen und ein gebrochenes Bein waren die Folge. Zudem mußte der Kollege eine halbe Stunde auf den Krankenwagen warten. Im Werk gibt es nämlich keinen Krankenwagen, während gerade am Wochenende vorher die aufs Beste ausgerüstete Werksfeuerwehr eine Übung abgehalten hatte. Wie kam es zu diesem Unfall?

Obwohl die Kollegen Bedenken hatten, meinte der zuständige Ingenieur, der Tank könne bedenkenlos verschrottet werden. Nachdem der Unfall passiert war, versuchte die Werksleitung, den Kollegen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Doch als einem Kollegen der Kragen platzte und er die Kripo holen wollte, durfte er früher nach Hause gehen. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus: Der Tankinhalt explodiert schon bei 55° C! Außerdem sei noch erwähnt, daß die halbvollen Diesel-Tanks einfach ins Erdreich entleert werden, weil das Auspumpen natürlich nicht profitabel ist.

Die Kollegen sind sehr empört, zumal sie sehen, daß an der Werksfeuerwehr nicht gespart wird, aber für einen Unfallwagen kein Geld da ist. Vor ca. zwei Jahren war an derselben Stelle schon einmal ein schwerer Unfall passiert: Ein Kollege war unter einen umstürzenden Kran geraten und hatte sich sämtliche Knochen gebrochen. Er wird nie wieder arbeiten können.

Was zeigt noch klarer als dieser Unfall: Der Arbeiter ist für die herrschende Klasse eine Ware, eine Nummer, nur dazu da, um ausgebeutet zu werden. Und es schert sie einen Dreck, wenn ein Kollege schwer verunglückt oder zu Tode kommt! Hauptsache der Profit stimmt. Aber die Frage ist, wie lange der Prolet das noch mitmacht.

Rot Front, ein Genosse aus Bremen

ÖTV-Sekretär — Werbeagent der Nürnberger Versicherung!

Auf einer der letzten Sitzungen der Vertrauensleute der Universität Gießen, auf der als Aufpasser seitens des ÖTV-Apparates jetzt immer ÖTV-Sekretär Dieter Nagel dabei ist, fragte der die Vertrauensleute, ob er beim nächsten Mal einen Vertreter der Nürnberger Versicherung mitbringen könnte, der würde einen kurzen Vortrag über die Vorteile dieser Versicherung halten. Einige Vertrauensleute waren dagegen. Da meinte Nagel sinngemäß: Da könnte doch mal ein Kollege sich an einen Vertrauensmann wenden, wo man sich am besten versichert, und da wäre es gut, wenn man den Kollegen beraten könnte, und die Nürnberger Versicherung sei die beste. Nachdem die meisten Vertrauensleute dies ablehnten, meinte Nagel, man könnte ihn ja am Schluß nach den offiziellen Tagesordnung reden lassen, wer nicht zuhören will, könne ja gehen. Da sieht man mal wieder wie der ÖTV-Apparat bis auf die unteren Ebenen mit Geschäftemacherei und Korruption durchsetzt ist. Es wird Zeit, daß man diese Geschäftemacher davonjagt wie die Bonzen in Bonn!

Ein Rotgardist aus Gießen

Jugendvertreterwahl bei MAN

Unsere alte Jugendvertretung hatte abgewirtschaftet. Bis auf zwei Vertreter wurden sämtliche Vertreter und Kandidaten aufgebraucht, die nach und nach aufrückten, weil die anderen Vertreter resignierten und aufhörten. Für den reaktionären Betriebsrat kamen die Wahlen darum gerade rechtzeitig, um sich eine neue Stütze in der Lehrwerkstatt zu schaffen.

Von den 180 Lehrlingen waren nur rund ein Drittel wahlberechtigt, also genau 62. Die Jugendvertretung setzt sich in der Gesamtstärke aber nach der Anzahl aller Lehrlinge zusammen, so daß fünf Vertreter gewählt werden sollten.

Es gab keinen revolutionären Kandidaten, keine Rote Liste, die man hätte unterstützen können. So propagierte die Partei den Wahlboykott, unterstützte die berechtigte ablehnende Haltung der Lehrlinge gegenüber den Wahlen, entlarvte die Jugendvertretung als bürgerliche Institution und propagierte demgegenüber die Notwendigkeit einer revolutionären Jugendvertretung, die gegen das BVG, gegen den reaktionären Betriebsrat usw. kämpft.

Das Wahlergebnis zeigte dann die folgende Wahlbeteiligung: Abgegeben wurden 37 gültige Stimmen, und nicht gewählt haben 25 Lehrlinge, das sind 44%. Der Betriebsrat versuchte dieses Ergebnis natürlich nach der Wahl zu vertuschen. Er hängte ein gefälschtes Ergebnis aus, in dem die Anzahl der Wahlberechtigten sowie die Zahl der Nichtwähler unterschlagen wurden. Doch auf den Protest der Lehrlinge hin, mußte der Betriebsrat im ganzen Betrieb einen weiteren Zettel anheften, worin diese fehlenden Angaben nachträglich doch noch bekanntgegeben wurden. Damit war ein bestimmter Erfolg errungen worden.

Ein Genosse von MAN/Braunschweig-Salzgitter

Weg mit den Beitragserhöhungen

Nach der letzten V-Leute-Sitzung von M45 wurde bei einigen Kollegen im Lokbau bekannt, daß die IGM eine neue Beitragserhöhung plant. Demnach sollen Kollegen, die bisher 12,00 DM zahlten, jetzt 18,00 DM hinlegen. Andere Kollegen, die seit Jahren 10,00 DM bezahlen, sollen jetzt mit 20,00 DM monatlich zur Kasse gebeten werden.

Von den Gewerkschaftsbonzen wird das natürlich nicht „Beitragserhöhung" genannt, sondern mit dem DGB-Beschluß „1% vom Bruttolohn ist der richtige Beitrag!" entschuldigt. Aber man kann die Sache drehen und wenden — Beitragserhöhung bleibt Beitragserhöhung. Denn die 1%-Regel wird ja von der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Kollegen abgelehnt und boykottiert. Die meisten zahlen einen niedrigeren Beitrag. Und diejenigen, die 1% zahlen, sind meistens nur wenige Freiwillige oder wurden dazu gezwungen oder es handelt sich um diejenigen, die in der IGM was werden wollen.

Die Kollegen sind zu Recht empört über diese Methoden. Wenn's ums liebe Geld geht, dann ist die Gewerkschaftsführung nicht zimperlich, und dann greifen sie eben den Kollegen in die Taschen. Darum gibt es nur eine Antwort: Weg mit der Beitragserhöhung! Jeder zahlt den alten Beitrag!

Ein Genossen von Thyssen-Henschel (Kassel)

Tausenden Krupp-Kollegen droht die Entlassung

Fortsetzung von Seite 1

zem auch die EG-Kommission, über deren Beratung die „Neue Züricher Zeitung" schrieb: „In Folge der weiter fortschreitenden Konzentration der Hüttenwerke werden in Ostfrankreich, Belgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen nach Meinung der Kommission regionale Beschäftigungsprobleme entstehen. Man schätzt den Verlust an Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie bis 1980 auf 28.000 bis 48.000."

Was aber machen die Krupp-Kapitalisten und ihr reaktionärer Betriebsrat daraus? Auf der Belegschaftsversammlung stellten sie sich hin und versuchten den Kollegen vorzulügen, daß laut EG-Kommission wenig Grund zu Pessimismus bestehe. — Ja, für sie, die Stahlkapitalisten, gewiß nicht.



1970: Die Krupp-Arbeiter streiken erfolgreich gegen Umgruppierungen im Konzern. Hier besetzen sie die Straßenkreuzung vor dem Krupp-Hochhaus.

Krupps Aufkauf der Stahlwerke Südwestfalen und die angekündigte Neugliederung des Krupp-Imperiums laufen auf eben die Konzentration hinaus, die von der EG-Kommission angekündigt worden ist. So sollen zwei neue Tochtergesellschaften gegründet werden, zum einen die Edelstahl-AG, in der die Werke Südwestfalen, Geiswied, Siegen, Niederschelchen, Düsseldorf, die Brüninghausen AG usw. zusammengefaßt werden. Mit dieser Zusammenfassung, die die Stillegung einzelner Betriebe zur Folge haben wird, und den Ausbau der profitabelsten Anlagen, will Krupp sich an die Spitze der europäischen Edelstahlkonzerne setzen, da bei Edelstählen gegenwärtig die höchsten Profite zu erwarten sind. Auf der anderen Seite werden die ganze Schmiede- und Verarbeitungsbetriebe zu einer Tochtergesellschaft zusammengefaßt werden. Daß diese Gesellschaft in der Tat eine Stillegungsgesellschaft ist, deren Betriebe nach und nach dicht gemacht werden sollen, ist offensichtlich. Da werden zum Beispiel von vorneherein die Verarbeitungsbetriebe, von denen Krupp sich noch Profit verspricht, wie z. B. der Weichenbau ausgegliedert und zur Muttergesellschaft Fried.-Krupp-Hüttenwerke-AG gesteckt. Zurück bleiben die Betriebe, die Krupp bereits seit Jahren auf Stillegung trimmt. Nicht nur, daß die Gebäude von außen schon verfallen — auch die Maschinen sind in vielen Betrieben über dreißig Jahre alt. Von den Stillegungsplänen dieser Betriebe, zumindest im Alten Werk in Bochum, zeugen nicht zuletzt, wie der „Hammerschlag" enthüllte, die Bochumer Stadtbaupläne, die vorsehen, daß über das Gebiet dieser Verarbeitungsbetriebe im Alten Werk eine Straße gebaut werden soll.

Natürlich wissen die Krupp-Kapitalisten genau, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf schweren Widerstand der Kollegen stoßen werden. 1970, als Krupp zum ersten Mal die Schmiede- und Verarbeitungsbetriebe zwecks Stillegung ausgliedern wollte, scheiterte das Vorhaben am Kampf der Kollegen. Gegen den Einfluß des reaktionären Gewerkschaftsapparates erhoben sich spontan 6.000 Kollegen zum Streik. Nach zwei Tagen Streik ließen die Krupp-Kapitalisten ihre Pläne vorerst fallen. Die Streikfront der Kollegen war damals so stark, daß die Krupp-Kapitalisten sich sogar gezwungen sahen, den Streik voll zu bezahlen. Jetzt haben sie einen neuen Plan ausgeheckt, mit dem sie den Kampf vor allem der betroffenen Kollegen ausschalten wollen: Die Schmiede- und Verarbeitungsbetriebe sollen „arbeitnehmerlos" sein. Das heißt, die Arbeiter sollen nicht bei dieser Tochtergesellschaft, sondern bei der Muttergesellschaft eingestellt werden. Dadurch können sie jederzeit auch in andere Werke versetzt werden. Und wenn Stillegungen durchgeführt werden sollen, dann werden die betroffenen Kollegen erst einmal in andere Gesellschaften verteilt, wo dann Entlassungen durchgeführt werden. Auf diese Weise hoffen die Krupp-Kapitalisten, die Kampfkraft in den einzelnen Betrieben, die stillgelegt werden sollen, zersplittern und brechen zu können.

Was aber tut der Betriebsrat angesichts dieser Lage? Während viele Kollegen sich Sorgen um ihren künftigen Arbeitsplatz machen, während für sie der Kampf gegen Stillegungen und Entlassungen auf der Tagesordnung steht, hat der reaktionäre Betriebsrat ganz andere Sorgen: Nach der Neugliederung müsse gewährleistet sein, daß in allen drei Gesellschaften die Montanmitbestimmung erhalten bleibe — und somit neue Posten für diese Herren und ihre reaktionären Gewerkschaftsapparat in den beiden neuen Tochtergesellschaften geschaffen werden. Da ist man sich mit Krupp natürlich schnell einig geworden — gegen entsprechende Dienste — versteht sich. Das Postenkarussell dreht sich schon auf Hochtouren. Da heißt es, der Betriebsratsvorsitzende Klöcker werde einen neuen Posten als Arbeitsdirektor, statt 3.000 DM monatlich also künftig ein Direktorenjahresgehalt von 400.000 DM als Bestechung, erhalten. Um Klöckers frei werdenden Posten ist ebenfalls schon Gerangel entstanden: Wird der reaktionäre Betriebsrat Kopanski sein Nachfolger, wird vielleicht der Rutetzki der zweite Arbeitsdirektor? — Das sind ihre „Sorgen".

Auf der Belegschaftsversammlung hat sich für viele Kollegen in aller Klarheit gezeigt, daß diese Elemente nicht auf ihrer Seite, sondern auf der Seite des Krupp-Kapitals stehen. Betriebsratschef Klöcker zog alle Register, um die Kruppschen Rationalisierungspläne als Maßnahme zur Arbeitsplatzsicherung hinzustellen. Da er jedoch Unglauben, Gelächter und Protest erntete, fügte er sogleich — offensichtlich im Hinblick auf den Streik von 1970 hinzu, gegen die Neugliederung könne nichts unternommen werden, da diese rechtlich möglich sei. Was heißt rechtlich möglich? Lohnraub, Entlassungen, Kurzarbeit, die ganze Ausbeutung und Unterdrückung sind rechtlich möglich. Soll die Arbeiterklasse sich vielleicht daran orientieren, was die Kapitalisten sich für Rechte und Gesetze schaffen? Klöcker und sein reaktionärer Gewerkschaftsapparat beweisen damit deutlich, wessen Recht und wessen Interessen sie vertreten. Die Kollegen von Krupp jedenfalls haben mit ihrer Empörung auf der Belegschaftsversammlung zum Ausdruck gebracht, daß sie die Rationalisierungsmaßnahmen der Krupp-Kapitalisten, die sich gegen die Arbeiter und Angestellten richten, nicht hinnehmen wollen.

„Keine Stillegungen, keine Entlassungen!" heißt es im „Hammerschlag", der Betriebszeitung der KPD/ML. „Diese Forderung gilt es im unversöhnlichen Kampf gegen Kapital und Gewerkschaftsapparat durchzusetzen. Daß in diesem Kampf ein Erfolg errungen werden kann, dafür ist der Streik von 1970 ein Beispiel ... Eben für einen solchen Streik gilt es die Kollegen in den Abteilungen zu gewinnen!"

IG-Chemie-Apparat — ein Feind des palästinensischen Volkes!

Acht Mitglieder der Jugendgruppe der IG-Chemie bei Merck in Darmstadt will der reaktionäre Gewerkschaftsapparat ausschließen. Der Grund: Die Jugendgruppe hatte 800 DM der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gespendet, um damit den Kampf für die Befreiung Palästinas von der Zionistischen Gewaltherrschaft zu unterstützen.

Seit jeher war die Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker der Welt eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse aller Länder. In diesem Sinn war auch die Spende der IG-Chemie Jugendgruppe in Darmstadt, gerade angesichts der massiven Unterstützung der westdeutschen Imperialisten für die zionistische Gewaltherrschaft gegen das palästinensische Volk, eine solidarische Unterstützung des Befreiungskampfes.

Bei dem reaktionären IG-Chemie-Apparat aber schrillten die Alarmglocken. Sofort erschien in der „Gewerkschaftspost" ein Hetzartikel des israelischen Botschaftsattachés in der Bundesrepublik, David Frankfurter, der die PLO als Verbrecherorganisation verleumdete und zugleich gegen die UNO und vor allem gegen die Solidarität der Völker der Welt mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes hetzte. Mehr noch: Die Jugendgruppensitzungen wurden von der Gewerkschaftsführung aufgehoben und gegen acht Mitglieder der Jugendgruppe Ausschlußanträge gestellt. Der reaktionäre IG-Chemie-Apparat hat damit ein weiteres Mal deutlich gezeigt, daß er an der Seite der westdeutschen Imperialisten steht, die wie alle Imperialisten auf der Welt großes Interesse daran haben, daß das palästinensische Volk und alle arabischen Völker versklavt werden, damit sie noch mehr ausgebeutet und ihrer Reichtümer, wie des Erdöls, beraubt werden können. Auf wessen Seite der IG-Chemie-Apparat steht, zeigen auch seine Beziehungen zur faschistischen Zwangsgewerkschaft in Israel, der Histradut, die durch und durch rassistisch ist: Araber dürfen darin nicht Mitglieder werden. Der IG-Chemie-Apparat ist ein Feind des palästinensischen Volkes!

Lebenserwartung in Duisburg 10 Jahre kürzer

Stahlmonopole vergiften Duisburger Bevölkerung

Zunehmender Schwefelgestank, der gelblich-giftige Dunstschleier am Himmel zeigen jedem Reisenden deutlicher noch als Ortsschilder an der Straße: Das muß Duisburg sein. Man kann sich das kaum vorstellen Nach Angaben des Ministeriums in NRW betragen die Schadstoffmengen, die innerhalb eines Jahres auf die rund eine Million Menschen im Raum Duisburg niedergehen (wobei nur 50% der Betriebe erfaßt wurden): 138.000 Tonnen Stäube, 777.000 Tonnen anorganische Gase und 7.000 Tonnen organische Gase!

Bei den letzten Bundestagswahlen versicherte Kanzler Brandt noch, das solle jetzt alles anders werden. Er versprach: „Einen blauen Himmel über der Ruhr". Tatsächlich ist der Duisburger Himmel etwas blauer geworden. Sollte den Kapitalisten vielleicht an der Gesundheit der Werktätigen doch etwas liegen? Der freundliche Anblick des Himmels täuscht. Gerade an sommerlichen Tagen werden die Luftverhältnisse an der Ruhr zur Qual. Feinster Staub legt sich auf die Bronchien, gerät in die Lungen. Heuschnupfenähnlicher Industrieschnupfen, Allergien, ein vernebelter Kopf, Sommergrippe usw. lassen viele Menschen leiden. Der Grund dafür, daß der Himmel dennoch blauer geworden ist, liegt darin: Als unter dem wachsenden Druck der Bevölkerung die Stahlmonopole nicht umhinkamen, etwas für den Umweltschutz zu tun, griffen sie zu einer Lösung, die billig, aber mit großem Schaueffekt verbunden war. Vor den Abluftöffnungen wurden solche Filter eingebaut, die die ins Auge fallenden Grobstäube wegfiltern, aber nicht die kaum sichtbaren giftigen Feinstäube. Diese Feinstäube gehen ungehindert durch die Filter und bilden jetzt sogar eine noch größere Gefahr: Sackten sie früher an Grobstäube gebunden bald zu Boden, so gelangen sie jetzt tief in die Lunge und gehen mit Gasen und kleinsten Schwermetallpartikeln für die Gesundheit sehr schädliche Verbindungen ein.

Nicht selten besitzen die Demagogen der Bourgeoisie auch noch die Frechheit zu behaupten, daß Wissenschaft und Technik nicht weit genug seien, um die Abgase in höherem Grad zu reinigen. Tatsache aber ist vielmehr, daß es der Bourgeoisie noch nie an Wissenschaft und Technik gemangelt hat, wenn es darum geht, den Profit zu steigern. Weder Technik noch Wissenschaft, sondern allein der Kapitalismus selbst, sein Gesetz des Profits verhindern den Schutz der Umwelt, den Schutz der Gesundheit der Werktätigen. Da nämlich, wo es höhere Profite sichert, ist es der Bourgeoisie ohne weiteres möglich, die giftigen Abgase weitgehend zu reinigen. Seit zum Beispiel einige Rohstoffe auf dem Weltmarkt teurer geworden sind, haben die Stahlkapitalisten begonnen, diese Rohstoffe, die auch in ihren Abgasen enthalten sind, wieder herauszufiltern, weil dies für sie mehr Profit bringt. Dort also, wo es für die Kapitalisten lukrativ ist, werden sehr schnell neue und komplizierte Verfahren entwickelt. Nur: Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ist eben nicht lukrativ für sie.

Die Regierung und der ganze kapitalistische Staatsapparat ändern daran nichts. Im Gegenteil. Dort, wo gewisse Maßnahmen zur Erhaltung der Umwelt auch im Interesse des Monopolkapitals sind, da ist es der Staatsapparat, der den Werktätigen höhere Steuern abpreßt, um davon die Maßnahmen für die Konzerne zu finanzieren. Im übrigen aber dienen die Gesetze der Regierung, die so groß als „entschiedene Maßnahmen zum Umweltschutz" herausgestellt werden, keineswegs der Reinhaltung von Luft, Erde und Wasser. Beispiel dafür ist das Bundesimmissionsgesetz von 1974. Danach dürfen in Duisburg keine neuen umweltschädigenden Produk-

ist erlaubt, alte Produktionsstätten durch neue zu ersetzen, wenn vorher nachgewiesen werden kann, daß dadurch eine Verringerung der Umweltbelastung eintreten wird. Für die Kapitalisten ist das eine ihrer einfachsten Übungen: Da wird mit den alten Anlagen, die sie ausbauen wollen, geraume Zeit vorher anständig Dreck gemacht, damit die Meßwerte in die Höhe gehen und anschließend wird eine neue, größere Anlage gebaut, deren Meßwerte dann knapp unter den absichtlich in die Höhe getriebenen vorherigen Werten liegen. Darüber hinaus fordert das Gesetz geradezu dazu auf, einfach höhere Schornsteine zu errichten, die Dreck und Gift auf eine größere Fläche verteilen und so dem geforderten Nachweis geringerer Schadstoffe pro Flächeneinheit Genüge leisten.

Das es sich bei der Vergiftung der Luft nicht etwa um „Kavaliersdelikte" handelt, wie es die bürgerliche Presse gern darstellt, sondern um schwere Verbrechen der Bourgeoisie gegen das Volk, das zeigen die verheerenden Auswirkungen auf die Gesundheit der Werktätigen. Im Rahmen der immer stärkeren Luftvergiftung durch Schwermetalle hat in den Ballungsräumen der Bleigehalt der Luft ständig zugenommen. Dies gilt insbesondere für große Teile des Ruhrgebiets und vor allem für den Raum Duisburg. Seit 1974 haben mehrere Fachzeitschriften über die an Pflanzen festgestellten Bleimengen berichtet. An festgelegten Punkten wurde im Ruhrgebiet die Bleikonzentration gemessen — mit einer Ausnahme: Duisburg. Untersuchungen an Säuglingen jedoch zeigen: Im Ruhrgebiet ergab sich ein als noch nicht sehr gefährlich geltender Mittelwert von 13 Millionstel Gramm pro 1/10 Liter Blut des Neugeborenen. Eine 1975 im Duisburger Stadtgebiet durchgeführte Untersuchung ergab jedoch bei 5% der Säuglinge einen Wert von 20 Millionstel Gramm Blei pro 1/10 Liter Blut. Der Grund für die hohen Bleiwerte im Blut der Säuglinge ist, daß im Mutterleib die Plazenta keine Schranke für das von der Mutter aufgenommene Blei darstellt und das Blei voll an das ungeborene Kind weitergegeben wird, das mit seiner geringen eigenen Blutmenge so einer ständigen Überdosis an Blei ausgesetzt ist.

Die Auswirkungen auf den Embryo sind folgenschwer: Sie können eine Fehlentwicklung der Organe, Totgeburten, Zurückbleiben von Hirnentwicklung und Knochenwachstum zur Folge haben. Außerdem wurde herausgefunden, daß die Bleibelastung der Luft die Bildung des roten Blutfarbstoffs erschweren und Anämie verursachen kann.

Weit verbreitet sind vor allem Erkrankungen der Atemwege. Sie werden begünstigt durch die für Duisburg typische hohe Konzentration von Schwefeldioxid und dem gleichzeitig damit auftretenden lungengängigen Staub in der Luft. Fast im gesamten Duisburger Stadtgebiet wird der gesetzlich zulässige Grenzwert (der sogar noch über dem Wert der Weltgesundheitsorganisation liegt) von 0,1 mg pro Kubikmeter mit Schwefeldioxid überschritten. Schwefeldioxid kann zum Verlust der Flimmerhärchen in den Bronchien führen. Dazu kommen noch weitere Faktoren, die dazu füh-

ginnend bei Kleinkindern — Bronchitis besonders häufig ist.

Insbesondere bei Wetterlagen, bei denen die Luft kaum ausgetauscht wird, werden die zulässigen Grenzwerte von Schwefeldioxid weit überschritten. Die Sterberate steigt dann rapide bei besonders gefährdeten Personen mit Herz-, Kreislauf- und Atemwegserkrankungen. Zugleich aber werden diese Herz-, Kreislauf- und Atemwegserkrankungen durch den hohen Schwefeldioxidgehalt der Luft hervorgerufen.

Auch Krebserkrankungen nehmen besonders stark zu. Die Duisburger Luft weist einen hohen Gehalt an Benzpyren auf, das an Feinstaub gebunden ist. Weniger als 1/1000 der Menge, die ein ca. 60jähriger Mensch eingeatmet hat, wenn er ständig Duisburger Luft ausgesetzt war, reicht aus, um bei Tieren zu bösartigen Hauttumoren zu führen. Bei Menschen ist zwar festgestellt worden, daß der größte Teil des Benzpyren, das in die Lunge gelangt, durch Ausatmen wieder abgebaut wird, aber: Der Abbau kann empfindlich durch das gleichzeitige Vorhandensein von Blei in der Luft gestört werden. Die Ärzte der Interessengemeinschaft gegen Luftverschmutzung in Essen geben schon für das Ruhrgebiet 15 mal mehr Krebstote an als für den Durchschnitt der Bundesrepublik. Man kann erahnen, wie dies dann für Duisburg aussieht.

Neben all diesen typischen und spezifischen Krankheitsbildern darf nicht die allgemeine Beeinträchtigung der Gesundheit vergessen werden. Verschiedene Wissenschaftler haben festgestellt, daß die Lebenserwartung unter solchen Bedingungen um ca. 10 Jahre geringer ist. Die Säuglingssterblichkeit ist zudem im Ruhrgebiet die höchste der ganzen Bundesrepublik. Wer nennt die Folgen der Entwicklungsschäden bei Kindern? Und bei welchen Krankheiten, die sonst ganz problemlos sein können, wirkt sich diese schlechte Lage nicht schädlich auf Grad und Dauer der Krankheit aus? Die Bedrohung der Bevölkerung wächst. Jede Industrieansiedlung, jeder Kraftwerksbau auch im Umland zählt für Duisburg als weiterer Belastungsfaktor. Und da gibt es bereits umfassende Pläne der Bourgeoisie: z. B. der Ausbau des Steag-Kraftwerks in Voerde, Veba bei Orsoy, die Raffinerie bei Orsoy — um nur die großen Projekte zu erwähnen. Dazu kommen noch die Schubladenpläne über den beabsichtigten Bau von Kernkraftwerken. Die Zeitungen sprachen von allein drei Kernkraftwerken auf Duisburger Stadtgebiet. Schon heute hat Duisburg bei bestimmten Wetterlagen eine drastisch hochschnellende Sterberate. Dann heißt es: Smog. An die 50 mal im Jahr besteht ein solcher Notstand mit hoher Giftkonzentration in der Duisburger Luft. Sicherlich gibt es einen Smog-Alarmplan. Zum einen aber sieht dieser Plan nur vor, daß die Werktätigen ihre Öfen nicht heizen, mit ihren Autos nicht fahren dürfen, während die Monopole weiterhin ihr Gift in die Luft pumpen können. Zum anderen aber wird dieser Alarmplan auch bei hoher Giftkonzentration, bei Smog, gar nicht erst durchgeführt. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß sich dann Empörung und Unzufriedenheit der Bevölkerung noch stärker gegen das Monopolkapital richten würden.

Eine um 10 Jahre geringere Lebenserwartung der Bevölkerung, totgeborene Kinder, Verschlechterung der Volksgesundheit — für die Kapitalisten ist dieser Preis nicht zu hoch, wenn es ihren Profiten dient. Sie leben ja nicht unter diesen Bedingungen, sondern haben ihre Villen im Grünen. Und wenn ihnen das nicht reicht, lassen sie sich eben den Seewind auf den Fidschi-Inseln oder sonstwo in der Welt um die Nase blasen. Ihr Handeln ist bestimmt durch das Grundgesetz des Kapitalismus, das lautet: Maximalprofit um jeden Preis — und sei es um den Preis der Umweltvergiftung,

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

ELAC — 50 Jahre Ausbeutung und Kriegsproduktion

Aus „Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD/ML für ELAC, gekürzt:

„Am 1. September 1926, also vor 50 Jahren, wurde die ELAC gegründet. Am 1. September 1939, vor 37 Jahren, überfiel Hitler Polen, und der zweite Weltkrieg brach aus. 6 Millionen Deutschen kostete der Krieg das Leben und brachte zahllosen Völkern und Ländern Elend und Leid. Viele werden jetzt fragen: ‚Was hat das mit ELAC zu tun?' Die ELAC gehört wie die Krupp und Thyssen zu den deutschen Firmen, die durch diesen imperialistischen Krieg Profit auf Kosten des deutschen und der anderen Völker gemacht haben und machen. Dies zeigt die 50jährige Geschichte der ELAC sehr deutlich. Als die Firma 1926 gegründet wurde, stellte man Luft- und Wasserschallgeräte her, was in der Technik sicherlich einen Fortschritt bedeutete und den Menschen sehr nützlich sein konnte, z. B. beim Fischfang. Aber der Fischfang spielte hier nur eine nebensächliche Rolle. Schon bald merkte man, daß man Luft- und Wasserschallgeräte sehr gut für die Rüstung gebrauchen konnte, zur Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus. Gerade nach 1933, also unter dem Hitlerfaschismus, als für das deutsche Volk die Zeit der schlimmsten Unterdrückung anbrach, da gab es bei der ELAC einen riesigen Aufschwung... Die ELAC wuchs zu einem großen kapitalistischen Betrieb



Transparent über der Zufahrtsstraße zur ELAC.

mit an die 5.000 Arbeitern heran. Sie war voll auf Rüstungsproduktion ausgerichtet, wie z. B. Zielvorrichtungen für Flakgeschütze, die auf Luftschall aufgebaut waren. Gleichzeitig nahm die politische Unterdrückung im Betrieb zu. Die damaligen Kollegen wurden unheimlich angetrieben und zwar nicht nur durch Meister und Ingenieure, sondern auch direkt durch Hitlerfaschisten, die in Uniform im Betrieb die Arbeiter schikanierten. Auf dieser Grundlage entwickelte sich ELAC zum ‚Musterbetrieb' und bekam dafür von der ‚Arbeitsfront', der faschistischen Gewerkschaft, die ‚goldene Fahne' verliehen. Eine großartige Auszeichnung für besonders gelungene Ausbeutung und Unterdrückung! Vielleicht steht sie ja noch in einem verschlossenen Schrank und wartet darauf wieder gezeigt zu werden."

Nach dem Krieg...

„ELACS große Stunde schlug wieder, als Adenauer auf Geheiß der US-Imperialisten das Potsdamer Abkommen brach und die Wiederaufrüstung begann. Deutschland wurde gespalten und der Westteil wieder unter die Kontrolle der alten Kriegstreiber wie Krupp, Thyssen usw. gestellt... Jetzt ging es mit der ELAC ganz schnell wieder bergauf. Einige Nazis kamen wieder in den Betrieb, das Verbot für Luft- und Wasserschallproduktion wurde aufgehoben, und man stieg in der Nautik neben Fischfang wieder voll in die Rüstungsproduktion ein. Es war also innerhalb von 10 bis 15 Jahren alles wieder so wie vor 1945 geworden. Man hatte zwar die Plattenspielerproduktion noch mit eingeführt, um dadurch noch höheren Profit zu erhalten, aber der alte Charakter eines wichtigen Rüstungsbetriebs war wieder hergestellt.

Auch die Ausbeutung verstärkte sich immer mehr... 1962 war die große Sturmflut, und viele Menschen mußten sterben, weil die Deiche schlecht waren. Denn der Staat gibt das Geld nicht für die Sicherheit der Menschen aus, sondern steckt es den Kapitalisten in den Hintern. Ein gemeinsamer Beschluß des damaligen Betriebsrates und der Geschäftsleitung forderte die Kollegen auf, eine Stunde für die Flutopfer zu arbeiten. Viele Kollegen weigerten sich, weil sie wußten, daß die Katastrophe nicht ihre Schuld war, sondern die des Kapitalistenstaates war. Ihnen wurde mit allen möglichen Repressalien gedroht und am Tage, als die Stunde gearbeitet werden sollte, ließen es sich der damalige Direktor Wilrodt und Personalchef Hamer nicht nehmen, selbst am Tor zu stehen, um zu kontrollieren, ob jeder arbeitet.

Aus der neueren Zeit kennen wir die Massenentlassungen 1974, die Kurzarbeit 1975 — ständig sehen wir, daß jede kapitalistische Krise auf uns abgewälzt wird. Damit geht die verschärfte politische Unterdrückung einher. Bei jedem Widerstand, den die Kollegen leisteten, wurden die ‚Anführer' gesucht, ob es bei den Streiks der Frauen wegen der schlechten Belüftung oder bei den Warnstreiks der Kollegen zu den Tarifrunden war... Als 1975 bei den Betriebsratswahlen Rote Betriebsräte gewählt wurden, wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, sie politisch zu unterdrücken. Man belauerte jedes Wort, jede Tat, warf zwei aus der Gewerkschaft und drohte, wenn sie sich politisch im Betrieb betätigen, fliegen sie. Neue Kolleginnen oder Kollegen, die bei der ELAC anfangen, werden auf ihre politische Einstellung untersucht..."

„Führen wir uns noch mal die heutige Lage vor Augen: Die beiden Supermächte, USA und Sowjetunion, geraten immer mehr aneinander, die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges wächst. Da läßt sich auch der westdeutsche Imperialismus seinen Platz als zweitgrößte Macht der NATO nicht streitig machen. Es wird für den Krieg gerüstet, wo wieder das große Geschäft auf Kosten der Völker gemacht werden soll, wo man wieder nautische Geräte braucht zur Ausrüstung von Kriegsschiffen, U-Booten und neuerdings auch Panzern...

Gleichzeitig erschüttert die kapitalistische Krise wieder die Firma, d. h., daß wieder einmal durch Überproduktion die Lager voll sind und mehreren Kollegen die Kündigung droht. So plant man wieder Entlassungen oder Kurzarbeit von einer gesamten Bandbesatzung... Es drohen auch Kurzarbeit und Entlassungen im nautischen Bereich, weil dort die Rationalisierung so weit fortgeschritten ist, daß man langsam dazu übergeht, die Geräte durch Frauen, die ja billigere Arbeitskräfte sind, montieren zu lassen. Erst vorige Woche hat man alle ausgelernten Nachrichten- und Gerätemechaniker rausgeschmissen. Auch zeigt uns die ständige Verkleinerung der Belegschaft, daß die Arbeitshetze steigt, bei steigender oder gleichbleibender Produktion.

Wir können nun mal nicht jammern oder stillhalten und so tun, als seien diese Zustände nicht zu ändern. Unser Ziel muß es sein, im gemeinsamen revolutionären Kampf dieses verrottete kapitalistische System zu zerschlagen. Nur ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland kann uns ein Leben in Frieden, ohne Ausbeutung und Unterdrückung geben."

Meldungen aus den Betrieben

HDW/KIEL

Wie wir im RM 39/76 berichteten, wurde bei dem brutalen Polizeieinsatz auf der Werft auch ein Kollege vorübergehend festgenommen. Jetzt haben die Kapitalisten diesen Kollegen strafversetzt. Er wurde von Bord abgezogen und in eine Werkstatt gesteckt. Begründung seines Meisters: „In Gaarden hast Du zuviel Freiheit gehabt." Auch die Gewerkschaftsbonzen haben ihren Terror gegen fortschrittliche Kollegen verschärft. Ein Vertrauensmann, der auf der Sitzung der Vertrauensleute die Roten Betriebsräte verteidigte, wurde schon Tage vorher offen unter Druck gesetzt. Schließlich drohten ihm die Gewerkschaftsbonzen damit, ihn aus der Gewerkschaft zu werfen. Außerdem kursieren auf der Werft seit einiger Zeit Gerüchte, daß vom Arbeitsamt arbeitslose Kollegen vermittelt werden sollen, um sie gegen besonders aktive Kollegen auszutauschen. Angesichts der verschärften politischen Unterdrückung auf der Werft hat „Das Bollwerk", die Betriebszeitung der Partei, die Kollegen aufgerufen, ihre Einheit zu erhöhen und den Kampf für die sofortige Wiedereinstellung der Roten Betriebsräte und die Einberufung einer Betriebsversammlung mit ihrer Teilnahme zu verstärken.

Revisionistisches

SOWJETUNION: WER ARM IST, MUSS FRÜHER STERBEN

„Wer arm ist, muß früher sterben", das gilt nicht nur in den kapitalistischen Ländern des Westens, das gilt auch in der Sowjetunion von heute. Die medizinische Versorgung und das gesamte Gesundheitswesen dort stehen im Dienst der neuen Ausbeuterklasse, die den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats gestürzt hat — der neuen Zaren im Kreml. Das zeigen nicht zuletzt folgende Auszüge aus dem Bericht eines italienischen Journalisten, der vor einiger Zeit im „Corriere della Sera" veröffentlicht worden ist.

Er schreibt: „Unter der niedrigen, langen, schmucklosen Fassade des Gebäudes, das aussieht wie eine Lagerbaracke, öffnet sich eine Reihe von gleichförmigen Holztüren ... Zwischen den Türen Glasfenster ohne Fensterläden, aber hermetisch verschlossen. Im Inneren des Gebäudes kleine Zimmer mit einem oder zwei Betten, die eng aneinander stehen, die Räume sind schwächlich beleuchtet wie in einer Zelle. Ein Waschbecken, eine kleine Toilette. Die Türen ... sind von außen verschlossen. Die Insassen sind in ihren Zellen gefangen. Das ist die Infektionsabteilung des Krankenhauses Wotkino in Moskau, ausgezeichnet mit dem Leninorden, nach sowjetischen Angaben das ‚bestausgestattetste Krankenhaus der UdSSR'.

Die sowjetische Presse hat 1973 herausgefunden, daß in vielen Krankenhäusern seit undenklichen Zeiten keine Katheter vorhanden sind. In einer Klinik im kirgisischen Gebiet gibt es einen einzigen, der schon sechs Jahre alt ist, und ein Arzt in Odessa benutzt stattdessen Telefondrähte. Andere Ärzte, auch in größeren Krankenhäusern, greifen auf Plastiktrinkhalme oder andere zufällig vorhandene Gegenstände zurück. Der Minister für die medizinische Industrie erklärte auf Anfrage, daß alle Anforderungen nach Kathetern erfüllt worden seien. ... Es fehlen Einwegspritzen, und in mancher Abteilung gibt es eine einzige Spritze und eine einzige Nadel.

Die ‚Prawda' schreibt: ‚Die Produktion der Gegenstände des täglichen Bedarfs — Krankenhausbetten, Operationstische, Tragbahren, fahrbare Betten — läßt erheblich zu wünschen übrig.' ...

Im ganzen Land gibt es ein Netz von 36.000 Polikliniken. Mehr werden gebaut. Aber aus Sibirien wird geschrieben: ‚Die Poliklinik in unserem Dorf ist vor sieben Jahren gebaut worden. Offenbar aber hat derjenige, der sie gebaut hat, übersehen, daß es außer dem Sommer auch einen Winter gibt. Infolgedessen hat er den Einbau einer Heizung vergessen.' " Soweit die Auszüge aus dem Bericht des italienischen Journalisten.

Es ist klar, all dies geht auf Kosten der werktätigen Massen. Für die Angehörigen der neuen Bourgeoisie ist dagegen bestens gesorgt. So gibt es in Moskau und Umgebung eine Reihe von komfortablen und mit allen modernen Mitteln ausgestatteten Sanatorien. Hier hat allerdings nicht jeder Zutritt. Wer hier aufgenommen werden will, muß über eine entsprechende Stellung und ein entsprechendes Bankkonto verfügen. Eine Reihe von Ärzten, die eine gewisse Zeit am Tag in Krankenhäusern oder anderen staatlichen Institutionen arbeiten, haben als lukratives Nebengeschäft eine Privatpraxis eröffnet. Solche Praxen werden ebenfalls vorzugsweise von Angehörigen der neuen sowjetischen Bourgeoisie aufgesucht.

Diese Zustände im Gesundheitswesen der Sowjetunion von heute sind ein Schlag ins Gesicht für die verlogene Propaganda der modernen Revisionisten der D„K"P, die den Werktätigen hier bei uns die kapitalistische Ausbeutergesellschaft der Sowjetunion als „Sozialismus" verkaufen wollen.

Keine Stimme den D„K"P Revisionisten!

„Das Blaue vom Himmel herunter", sagt die D„K"P, „versprechen die im Bundestag vertretenen Parteien den Werktätigen." Richtig. Aber was macht die D„K"P? Nehmen wir nur ihren Wahlaufruf: Recht auf Arbeit, Sicherung von Arbeitsplätzen, Sofortmaßnahmen gegen die Preistreiberei, Schaffung von 250.000 neuen Lehrstellen, Überwindung der Bildungsmisere, Sicherung der Renten, demokratische Rechte und Freiheiten für alle — das und noch vieles mehr verspricht die D„K"P, wenn man sie jetzt und in Zukunft wählt, diese Partei unterstützt. Ja, wo die SPD, CDU/CSU und FDP das Blaue vom Himmel herunterversprechen, da verspricht die D„K"P sozusagen den Himmel gleich mit, nämlich den — auf friedlichem Weg, über eine D„K"P-Mehrheit im Parlament zu erreichenden — Sozialismus.

Stellt sich die berechtigte Frage, warum sollen ausgerechnet die Versprechungen der D„K"P — im Gegensatz zu den Wahlversprechen der anderen bürgerlichen Parteien — denn nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern Wirklichkeit werden? Nach dem Motto: Laßt den Roten Riesen ran — heißt es dazu im Wahlaufruf der D„K"P: „Bei allen Unterschieden zwischen den jetzigen Bundestagsparteien — sie betreiben alle eine Politik für das große Kapital. Sie treten anmaßend auf, als hätten sie das Parlament für sich gepachtet, aber setzen sich über die dringenden Sorgen der kleinen Leute hinweg. Diese Bonner Parteienwirtschaft muß endlich durchbrochen werden. In den Bundestag gehören Kommunisten. Dann sähen sich CDU/CSU, FDP und SPD einer echten Opposition gegenüber. Dann kämen im Bundestag die Interessen des arbeitenden Volkes auf den Tisch."

Also, hängt es von den jeweils im Bundestag vertretenen Parteien ab, ob das Parlament ein Instrument der Bourgeoisie zum Betrug und zur Unterdrückung des Volkes ist oder ein Organ der Volksvertretung? Das ist Augenwischerei! Ein typisches Beispiel dafür, wie die D„K"P einzelne Erscheinungen des Kapitalismus scheinbar sehr radikal angreift, nur um so besser das Wesen der Sache vertuschen, den Kapitalismus selbst in Schutz nehmen zu können.

Natürlich hat die D„K"P recht, wenn sie erklärt, daß die heute im Bundestag vertretenen bürgerlichen Parteien eine Politik für die Kapitalisten betreiben. Alle diese Parteien sind Parteien des Monopolkapitals, vertreten seine Interessen und führen — sofern sie an der Regierung sind — sein Geschäft. Davon braucht man kaum einen Arbeiter mehr zu überzeugen. Keine dieser Parteien — auch die SPD nicht — wird heute von den fortschrittlichen Arbeitern als Arbeiterpartei angesehen, als Partei, die ernsthaft gegen den Kapitalismus kämpft.

Aber es heißt doch nichts anderes, als den Apfel mit dem Stamm zu verwechseln, wenn man — wie die D„K"P — behauptet, es läge an dieser „Bonner Parteienwirtschaft", daß es in der Bundesrepublik kein Recht auf Arbeit gibt, die Preise ständig in die Höhe schießen, die Umwelt immer mehr verdreckt, das Gesundheitswesen zusehends miserabler wird, die politische Unterdrückung sich verschärft.

Die Ursache für diese Misere, für die elende Lage der Werktätigen in unserem Land liegt nicht in der Politik dieser oder jener Partei. Krisen, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung sind Grundübel des Kapitalismus, haben ihre Ursache darin, daß eine Handvoll Kapitalisten Millionen von Arbeitern und andere Werktätige für ihren Profit ausbeuten, daß diese Handvoll Kapitalisten einen riesigen Staatsapparat in der Hand haben, mit Zigtausenden Soldaten, mit Bundesgrenzschutz und Polizei, der auf der Grundlage von entsprechenden, im Parlament beschlossenen Gesetzen, ihre Ausbeuterherrschaft schützt und die Werktätigen unterdrückt. Um Krisen, Arbeitslosigkeit, um Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen, muß der Kampf der Arbeiterklasse sich deshalb nicht in erster Linie gegen einzelne bürgerliche Parteien, gegen die jeweilige Regierung, die die Geschäfte des Kapitals führt, richten, sondern gegen die Kapitalistenklasse, gegen den kapitalistischen Staat selbst. Ohne diesen kapitalistischen Staat in der sozialistischen Revolution gewaltsam zu stürzen, wird es weder das Recht auf Arbeit geben, das die D„K"P verspricht, noch Freiheit und Sozialismus.

Gerade von diesem Weg des revolutionären Klassenkampfes aber will die D„K"P die Arbeiterklasse mit ihrer Agitation gegen die „Bonner Parteienwirtschaft" abhalten. Denn solange



sich die Arbeiterklasse vor allem über einzelne Parteien, über diese oder jene Regierung empört, solange sie sich nicht gegen den parlamentarischen Betrug insgesamt wehrt und diese sogenannte „bürgerlich-parlamentarische Demokratie" als eine Form der Diktatur der Bourgeoisie erkennt, — solange hat die Kapitalistenklasse noch die Möglichkeit zu manövrieren, diese Regierungspartei durch jene zu ersetzen, oder eben die D„K"P als „neues Pferd im Stall" zu benutzen, das der abgeblätterten, demokratischen Tünche neuen Glanz verleiht, das mit neuen Versprechungen, neuem Betrug die Arbeiterklasse an den Imperialismus fesselt. Wer also in der Arbeiterklasse Illusionen über den Charakter des Parlamentarismus schürt, wer der Arbeiterklasse einredet, sie könne mit dem Kreuz auf dem Stimmzettel, durch die Teilnahme an den bürgerlichen Parlamentswahlen einen Kapitalismus ohne Krisen, ohne Arbeitslosigkeit usw. erreichen oder gar auf diesem Weg zum Sozialismus gelangen, der leistet direkte Handlangerdienste für die Bourgeoisie. Und das tut die D„K"P auch. Zu keinem anderen Zweck, denn als Agentur in der Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse von der gewaltsamen Revolution abzuhalten, wurde sie 1968 auf Wunsch und in Absprache mit den Kapitalisten gegründet.

Niemals läßt sich der Sozialismus auf friedlichem, auf parlamentarischem Weg erreichen. Bereits Lenin hat festgestellt, daß nur Scharlatane oder Einfaltspinsel behaupten können, daß durch eine parlamentarische Mehrheit der Sozialismus zu erreichen wäre. Und es gibt auch kein einziges Beispiel dafür, daß in irgendeinem Land die Bourgeoisie friedlich auf ihre Macht verzichtet, auf Beschluß einer parlamentarischen Mehrheit der Arbeiterklasse die Macht überlassen hätte. Das weiß natürlich auch die D„K"P. Sie versucht deshalb mit einem Trick, die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Lehren von Marx, Engels, Lenin aus den Köpfen der Arbeiter zu verdrängen. Sie behauptet, seit Lenin hätten sich die Zeiten geändert, die Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse hätten sich verbessert und deshalb sei heute auch ein friedlicher Übergang zum Sozialismus möglich. Hauptsächlich, so sagen sie, sei das der Stärke der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers zu verdanken.

Genosse Ernst Aust sagte dazu in seiner Rede auf den Veranstaltungen der Partei zur Grundsatzerklärung des ZK der KPD/ML: „Abgesehen davon, daß es in der Sowjetunion keinen Sozialismus mehr gibt, sondern dort heute eine Diktatur nach der Art Hitlers herrscht, die Sowjetunion von heute die anderen Länder des sogenannten sozialistischen Lagers, das es heute nicht mehr gibt, ausbeutet und unterdrückt, stimmt es natürlich, daß sich seit Lenin etwas geändert hat. Heute ist die Haupttendenz in der Welt die Revolution und der Sieg des Sozialismus. Überall, wo ihr auch hinschaut, streben die Völker nach Befreiung, nach Unabhängigkeit, wollen sie den Sozialismus.

Doch heißt das etwa, daß die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, sich heute abwählen läßt, daß sie freiwillig auf ihre Macht verzichtet? Das Gegenteil ist der Fall. Wie Ratten, die man in die Enge drängt, werden sie immer wütender, fallen sie den Gegner an. Es ist ein toller Wahn zu glauben, daß die herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht verzichtet. Niemals werden sie sich einer Mehrheit im Parlament beugen. Sie werden die Kanonen sprechen lassen."

Und es ist ja auch nicht zu übersehen, daß die Bourgeoisie gerade in den letzten Jahren ihre Vorbereitungen auf eine gewaltsame Verteidigung ihrer Herrschaft verstärkt hat. Seit 1968 haben sich die Ausgaben für Polizei, Geheimdienste usw. vervierfacht, der Bundesgrenzschutz wurde für den Einsatz im Innern legitimiert, die MEKs, im Volksmund „Mordeinsatzkommandos" genannt, wurden geschaffen, die Datenbänke mit über 2 Millionen Daten von Kommunisten, Revolutionären und fortschrittlichen Menschen gefüttert. In Übungen der Bundeswehr wird der Einsatz gegen aufständische Arbeiter geprobt.

Wer angesichts dieser Tatsachen der Arbeiterklasse einen „friedlichen Weg zum Sozialismus" verspricht, wer grundlegende Verbesserungen für die Arbeiterklasse auf dem Weg über das Parlament verspricht, der ist nicht nur ein Lügner, sondern ein Verbrecher, dessen Aufgabe es ist, die Arbeiterklasse wehrlos in die Arme der schwerbewaffneten kapitalistischen Bürgerkriegstruppen zu treiben, dessen Aufgabe es ist, die gewaltsame sozialistische Revolution, den einzigen Weg zum Sozialismus, den einzigen Weg zur Verwirklichung von Freiheit und Demokratie für die breiten werktätigen Massen, zu verhindern. Den Versprechungen solcher Verbrecher bei den Wahlen und anderswo kann man genausowenig Glauben schenken wie den Versprechungen anderer Vertreter der Bourgeoisie. Im Gegenteil. Man muß diese Partei, die D„K"P, bekämpfen als Feind der Arbeiterklasse, als Feind des Sozialismus, als Agenten der Kapitalistenklasse.

Vom Aufbau des Sozialismus

ALBANIEN: ABGEORDNETE IM DIENST DES VOLKES

Zu den Wahlen am 3. Oktober werden uns die Kandidaten der bürgerlichen Parteien als Volksvertreter präsentiert. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um Lakaien des Kapitals, die der Korruption und Bestechung zugänglich sind, die verlogene und heuchlerische Versprechungen abgeben, die mit den breiten werktätigen Massen nichts gemein haben. Im ganzen Bundestag wird man vergeblich einen Arbeiter suchen, der sein Brot mit seiner Hände Arbeit verdient.

Im sozialistischen Albanien, wo die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und den anderen Werktätigen die Macht in den Händen hält und die Diktatur des Proletariats errichtet ist, sind die Abgeordneten von völlig anderer Art. Die Abgeordneten in Albanien sind keine Berufspolitiker. Auch als Abgeordnete arbeiten sie weiter in ihrem Beruf, im Betrieb, in der Landwirtschaftsgenossenschaft, in Verwaltung und Schule. Sie kassieren keine ständig steigenden Diäten, die in die Tausende gehen. Die albanischen Abgeordneten der Volksversammlung erhalten weiter denselben Lohn, den sie auch vorher bekommen haben. Lediglich für die Zeit, in der Sitzungen stattfinden, kommen 2% des Lohns als Aufwandsentschädigung hinzu.

Jeder Kandidat wird auf den Versammlungen der Grundorganisationen der „Demokratischen Front", der breiten und umfassendsten Organisation des albanischen Volkes, gründlich geprüft. Dort wird über jeden Einzelnen diskutiert, über seine Verdienste bei der Arbeit, über seine Fähigkeiten, seine Treue zur Sache des Volkes und des Sozialismus. So werden schließlich die Besten des Volkes zu Kandidaten gewählt.

In der Volksversammlung, die 1974 gewählt wurde, sitzen 250 Abgeordnete. 56% von ihnen sind Arbeiter und Bauern, 34% sind Frauen.

Es ist undenkbar, daß die Kandidaten für die Volksversammlung in Albanien ihren Wählern vor der Wahl das Blaue vom Himmel herunter versprechen, nach der Wahl aber das genaue Gegenteil tun. Es ist ebenso undenkbar, daß ein Abgeordneter sich, wie es im Bundestag gang und gäbe ist, morgens in die Anwesenheitsliste einträgt, um die dicken Diäten zu kassieren, aber anschließend verschwindet, um sich „fruchtbareren" Tätigkeiten zuzuwenden.

Jede Tendenz der Abgeordneten zur Trennung von den Massen, zum Karrierismus und zur Überheblichkeit wird in Albanien scharf bekämpft. Die albanischen Abgeordneten unterliegen jederzeit der Kontrolle von unten, der Kontrolle durch ihre Wähler. Im neuen Verfassungsentwurf der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist im Artikel 8 ausdrücklich festgelegt: **„Die Wähler haben das Recht, jederzeit ihren Vertreter abzuberufen, wenn er das politische Vertrauen verloren hat, die ihm übertragenen Aufgaben nicht erfüllt oder entgegen den Gesetzen handelt."**

Es kommt natürlich sehr selten vor, daß ein Abgeordneter abgesetzt wird, aber es handelt sich um ein verbrieftes Recht der Werktätigen Albaniens.

Ein Recht, das es in unserer angeblich so freiheitlichen Verfassung allerdings nicht gibt und auch nicht geben kann.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie, tausendmal demokratischer ist als die bürgerliche „Demokratie", die in Wirklichkeit nur die Fassade vor der Diktatur der Bourgeoisie über die Werktätigen ist.

Im Prozeß gegen Hanfried Brenner

9 000 DM Geldstrafe

9.000 DM Geldstrafe lautet das Urteil in der Berufungsverhandlung gegen Genossen Hanfried Brenner in Duisburg. Im Gegensatz zur ersten Instanz, in der Genosse Hanfried zu 12 000 DM Geldstrafe verurteilt worden war, gelang es in diesem Verfahren bei verschiedenen Einzelanklagepunkten einen Freispruch zu erkämpfen.

Zu 9.000 DM verurteilt wurde Genosse Hanfried jetzt wegen seiner Rede im Arbeitsgericht in Duisburg, in der er die bürgerliche Klassenjustiz und den kapitalistischen Staat angegriffen hatte, wegen „Körperverletzung“ und „Widerstand“, weil er — was völlig aus der Luft gegriffen ist — einen Polizisten gegen das Schienbein getreten haben soll, wegen der ersten Dokumentation der KPD/ML über den Tod des Genossen Günter Routhier, für die Genosse Hanfried presserechtlich verantwortlich war, sowie wegen zwei Flugblättern und einer Ausgabe der Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann, in denen zum Tod des Genossen Günter Stellung genommen wurde.

Verurteilt wurde Genosse Hanfried also, weil er — als Mitglied der KPD/ML — daran beteiligt war, die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter zu verbreiten, weil er — wie es als Kommunist seine Pflicht ist — nicht dabei stehen blieb, über den Tod seines Genossen und Freundes zu trauern, sondern den Kampf aufnahm und unter den Werktätigen die Wahrheit nicht nur über den Tod von Günter Routhier, sondern ebenso über den Charakter und die Aufgaben der Polizei, über den Charakter und die Aufgaben des kapitalistischen Staates zeigte.

Diese, seine kämpferische Haltung als Kommunist, war es vor allem die der Richter in seiner Urteilsbegründung angriff und verleumdete, indem er behauptete, daß nicht nur Hanfried Brenner, sondern auch diejenigen Zeugen, die die Wahrheit über den Polizeieinsatz im Arbeitsgericht ausgesagt hatten, blind vor Haß gegen diesen Staat seien, daß sie eine „Wahrnehmungssperre“ hätten und die Tatsachen im Zusammenhang mit dem Tod des Günter Routhier gar nicht mehr sehen könnten! Dabei mußte selbst das Gericht zugeben, daß es wahrscheinlich sei, daß Günter Routhier an den Folgen seines Sturzes auf der Treppe des Arbeitsgerichts gestorben sei! Von Mord, so das Gericht, könne man aber trotzdem nicht sprechen, da nur Pit Routhier, der Sohn Günters, ausgesagt habe, daß Günter von den Polizisten, die ihn abführten, absichtlich die Treppe heruntergestoßen worden sei.

Das ist — abgesehen davon, daß Pit der einzige Augenzeuge dieses Vorfalls war — eine „Begründung“, die die Kaltblütigkeit und den Zynismus, womit dieses Gericht seine Aufgabe erfüllt, vollständig entlarvt. Denn Günter Routhier, der zwei Wochen nach diesem Vorfall starb, hat gegenüber seiner Frau — und das weiß das Gericht natürlich ganz genau — im einzelnen beschrieben, daß und wie ihn diese beiden Polizisten die Treppe herabstießen! Nicht minder zynisch ist die weitere Begründung des Gerichts, daß man schon deshalb nicht von Absicht der Polizisten sprechen könne, weil der Angeklagte, also Hanfried Brenner, ja das auslösende Moment für den gesamten Polizeieinsatz gewesen sei. Was heißt das anderes, als daß das Gericht Genossen Hanfried indirekt verantwortlich für den Tod des Genossen Günter machen will, daß es — nur in einer neuen Variante — die von Anfang an erhobenen Lügen wieder aufwärmt, daß die KPD/ML im Grunde genommen selbst schuld sei am Tode ihres Genossen!

Diese Behauptungen können uns nicht treffen. Sie fallen auf die bürgerliche Klassenjustiz selbst zurück. Denn sie zeigen jedem, der in diesem und in anderen Routhier-Prozessen verfolgen konnte, wie die Polizei ihren Einsatz im Arbeitsgericht wochenlang vorbereitete, wie sie dort gegen die Genossen vorging, wie sie anschließend gegen den Trauerzug vorging usw. — daß es in allen Routhier-Prozessen den Gerichten keine Sekunde um die Tatsachen, um die Wahrheit geht, sondern darum, Revolutionäre und vor allem Genossen der KPD/ML anzugreifen, zu verfolgen und zu bestrafen.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

DORTMUND

Weil die ROTE GARDE in Scharnhorst vor einiger Zeit im dortigen Jugendheim bei einer Veranstaltung der SDAJ Flugblätter verteilt hat, wurde eine Genossin jetzt in einem Prozeß wegen „Hausfriedensbruch“ zu 1.000 DM Geldstrafe verurteilt.

GÖTTINGEN

Am 8. 9. durchsuchten 50 Polizisten das Büro des KBW in Göttingen. Sie beschlagnahmten unter anderem über 200 Photos über Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einer Demonstration am Landeskrankenhaus, zu der der KBW aufgerufen hatte. Die Polizei war dabei mit der „Chemischen Keule“ vorgegangen. Gleichzeitig fand eine Durchsuchung in einer örtlichen Druckerei statt, in der Propagandamaterial des KBW gedruckt wird.

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

Am **19. 10. 1976** findet in **Dortmund** vor dem Amtsgericht ein Prozeß gegen Genossen Peter Schulte statt. Peter Schulte, presserechtlich verantwortlich für Betriebszeitungen und Flugblätter der Partei, ist insgesamt sechsmal wegen verschiedener Betriebszeitungen und Flugblätter angeklagt.

Am **22. 10. 1976** steht in **Dortmund** Dieter Kwoll, Redakteur der „Roten Hilfe“, Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS, vor Gericht. Er ist wegen insgesamt 6 Ausgaben der RHD angeklagt, unter anderem auch wegen der Mai-Ausgabe dieser Zeitung, in der zum Protest gegen den Prozeß gegen den „Roten Morgen“ aufgerufen wurde. Nachdem erst kürzlich Genosse Michael Banos als presserechtlich Verantwortlicher wegen 6 Flugblättern der Roten Hilfe zu 7 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde, ist auch in diesem Prozeß mit hohen Strafen zu rechnen.

Spenden zur Unterstützung
politisch Verfolgter
bitte einzahlen
auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

In **München** findet am **6., 7. und 8. Oktober** ein Prozeß gegen Dieter Vogelmann statt. Dieter ist wegen besonders schweren Landfriedensbruchs angeklagt im Zusammenhang mit dem Roten Antikriegstag 1972. Einige „Beweismittel“ sind Photos, auf denen Dieter angeblich zu sehen sein soll. Es handelt sich jetzt um den Berufungsprozeß. In der ersten Instanz war Dieter zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Spenden

Im Monat August gingen folgende Beträge auf das Spendenkonto des „Roten Morgen“ ein:

W. K., Essen, 5. 8.	20,00 DM
W. H., München, 9. 8.	70,00 DM
V. Th., Wolfenbüttel, 13. 8.	70,00 DM
Skatrunde in Albanien, 13. 8.	19,50 DM
P. B., Neu-Isenburg, 17. 8.	10,00 DM
Gen. aus Hamburg, 19. 8.	10,00 DM
Ehem. GRF-Gen. aus Düsseldorf, 24. 8.	45,84 DM
W. K., Essen, 24. 8.	35,00 DM
RG Köln-Troisdorf, 26. 8.	32,90 DM
U. B., Dortmund, 27. 8.	8,03 DM
Gesamt:	**321,27 DM**

Im Monat Juli gingen folgende Spenden auf das Konto des Verlags G. Schneider ein:

Sektion Westberlin, 1. 7.	1.145,00 DM
verschiedene OGs, 1. 7.	850,00 DM
Gen. aus Stuttgart, 2. 7.	110,00 DM
U. M., Westberlin, 2. 7.	40,00 DM
W. K., Essen, 2. 7.	20,00 DM
W. H., München, 6. 7.	70,00 DM
B. F., Bonn, 9. 7.	5,00 DM
R. L., Herford, 12. 7.	30,50 DM
Stadtteilzelle Wedding, 16. 7.	117,80 DM
Leserunde Wedding, 16. 7.	26,30 DM
Gen. aus Dortmund, 31. 7.	13,64 DM
Gesamt:	**2.428,24 DM**

Polizei gegen 13 jährige Schüler

Kürzlich erhielten Lehrer an zwei Schulen, der Heinrich von Stephan Hauptschule in Westberlin und dem Schenefelder Gymnasium in der Nähe von Hamburg, Berufsverbot. An beiden Schulen wurden die Lehrer gegen den Willen und gegen den Widerstand von Schülern und Eltern hinausgeworfen.

Aus Westberlin bekamen wir den Bericht eines Schülers. Er schreibt: „Nach den Sommerferien sollten an unserer Schule vier zehnte Klassen zu drei Klassen zusammengelegt und einige Lehrer versetzt werden. Doch der kapitalistische Staat hatte die Rechnung ohne die Schüler und Lehrer gemacht. Die aktivsten Schüler schlossen sich zusammen und organisierten einen zweitägigen Streik. In Diskussionen konnten wir feststellen, daß insgesamt über 20 Lehrer unseren Streik positiv sahen und zum Teil unterstützten. Eine Lehrerin beteiligte sich sogar an unserer Demonstration.“

Diese Lehrerin, Uta Ulrich, erhielt darauf eine Rüge. Nachdem sie diese mit einem offenen Brief gegen das kapitalistische Beamtenrecht beantwortete, erhielt sie Haus- und Berufsverbot. Die Lehrerin Uta Ulrich hielt sich nicht daran, sondern versuchte weiter zu unterrichten. Daraufhin verwandelte das Schulamt die Schule in eine Art Polizeifestung. Polizisten in Zivil kamen in die Schule und gaben sich als Journalisten aus. Vor der Schultür stand morgens Polizei, um die Lehrerin am Betreten des Gebäudes zu hindern.

Der Schüler schreibt weiter: „Mit faschistischer Gewalt gingen ca. 30 Polizisten am 1. 9. 1976 in einem Klassenraum gegen 13jährige Schüler vor, die sich schützend vor ihre Lehrerin gestellt hatten. Unter anderem mußten sich drei Schüler anschließend in ärztliche Behandlung begeben. Die Rektorin Gertrud Kniepen, die sich sonst uns Schülern gegenüber so liberal gibt und sich sogar von den anderen Lehrern duzen läßt, veranlaßte den Polizeieinsatz und trägt seitdem den Namen ‚Bullen Gertrud‘. Eine ganze Woche nach dem Polizeieinsatz wurden die Schüler und Lehrer in provokativer Weise von Polizeispitzeln beobachtet und sollten damit eingeschüchtert werden.

In diesen Tagen führten wir heftige Diskussionen. Viele Schüler verurteilten Berufsverbot und Polizeieinsatz. Auch in den Unterrichtsstunden diskutierten wir Schüler über diese Faschisierungsmaßnahmen des Staates. Wir Schüler der Heinrich von Stephan Hauptschule haben in einer Stunde Polizeieinsatz mehr von den Realitäten dieser Welt erfahren als in neun Jahren Unterricht.“

Am Schenefelder Gymnasium ist es der 27 Jahre alte Studienreferendar Klaus Kuhl, dem Berufsverbot erteilt wurde. Klaus Kuhl erhielt nach etwa einer Woche Unterricht an diesem Gymnasium, an das er nach den Ferien versetzt worden war, eine Vorladung des Landesschulamtes in Kiel zu einem „Gespräch“, in dem seine Verfassungstreue geprüft werden sollte. Gründe dafür wurden ihm nicht genannt. Seinem Anwalt wurde Einsicht in die „belastenden Akten“ verweigert. Nicht nur die Schüler, denen Klaus Kuhl davon berichtete, sondern auch seine Lehrerkollegen waren empört. Schüler einer Klasse, mit denen Klaus Kuhl ausführlicher über diese Entlassungsdrohung und auch über seine politischen Vorstellungen diskutierte, wollten sich näher informieren und ließen sich von ihrem Lehrer alte und neue Exemplare des „Roten Morgen“ geben. Außerdem war eine Elternversammlung geplant.

Diese Unruhe an der Schule war für die Schulleitung ein Alarmsignal. Sie ließ den Referendar Klaus Kuhl kurzerhand suspendieren. Begründung: Klaus Kuhl habe sich für die KPD/ML und damit gegen die Verfassung eingesetzt, habe den „Roten Morgen“ an Schüler verkauft und außerdem seien Elternproteste zu befürchten, wenn er länger an der Schule bleibe. Kurz gesagt: Der Schulleitung paßt die politische Gesinnung dieses jungen Lehrers nicht, und deshalb soll ihm — wie vielen anderen auch — verboten werden, als Lehrer zu unterrichten.

Ob Klaus Kuhl oder die anderen kommunistischen Lehrer, denen Berufsverbot erteilt wurde, gute Lehrer sind, ob die Kinder bei ihnen etwas lernen, interessiert die Schulleitung, interessiert den kapitalistischen Staat nicht. Ihm geht es allein darum, möglichst jeden aus dem Schuldienst auszuschließen, der die Kinder dazu erzieht, hinter den Reklameschildern der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ die kapitalistische Wirklichkeit zu erkennen und sie lehrt, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu denken und zu handeln, anstatt ihnen die Lügen der bürgerlichen Wissenschaft einzupauken.

Heidelberger Stadtrat schließt KBW-Mitglied aus

Einstimmig hat der Heidelberger Stadtrat Helga Rosenbaum, die als Mitglied des KBW 1975 Stadträtin wurde, aus dem Stadtrat ausgeschlossen. Ihr wurden für 4 Jahre die Bürgerrechte der Stadt Heidelberg aberkannt, außerdem wurde ihr ab sofort die Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrates untersagt.

In der Begründung des Stadtrates heißt es unter anderem, Helga Rosenbaum habe „die Pflichten eines Gemeinderatsmitglieds total verletzt“. Verletzt? Wodurch? Gleich in der ersten Sitzung des Stadtrates, an der auch Helga Rosenbaum teilnahm, stand die Erhöhung der Preise im Heidelberger Nahverkehr auf der Tagesordnung. Helga Rosenbaum stellte sich dabei auf die Seite der Demonstranten, die gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit bei dieser Sitzung und gegen die Erhöhung der Fahrpreise protestierten. Sie unterzeichnete Aufrufe des KBW zu Protesten gegen die Fahrpreiserhöhungen, nahm an Demonstrationen gegen diese Preiserhöhungen teil. Dafür wurde sie vor einiger Zeit bereits zu 13 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Damals verurteilte das Gericht sie „Im Namen des Volkes“, weil sie gegen die Ausplünderung der Werktätigen durch die Stadt protestierte. Heute wirft ihr der Stadtrat vor, sie habe die „Pflichten eines Gemeinderatsmitglieds“ verletzt, weil sie als einzige im Stadtrat für die Interessen der Bevölkerung, bzw. ihrer Wähler eintrat. Im Grunde genommen also ein unfreiwilliges Eingeständnis dessen, daß es beileibe nicht die Pflicht eines Gemeinderatsmitglieds ist, die Interessen der Werktätigen zu vertreten, sondern vielmehr, gegen deren Interessen die Interessen des kapitalistischen Staates durchzusetzen. Und deshalb können eben Revolutionäre als Stadträte nicht geduldet werden. Denn Helga Rosenbaum wurde nicht nur wegen ihrer Unterstützung und aktiven Teilnahme an den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen ausgeschlossen, sondern auch, weil sie erklärt hatte, daß sie für die Zerschlagung der Kapitalistenherrschaft kämpft.

Das also sind die „freien Wahlen“, die unsere „freiheitlich-demokratische Ordnung“ angeblich von einer Diktatur unterscheiden! Sie sind nichts als ein Sandkastenspiel, nichts als Betrug am Volk. Denn — Wählerwille hin, Wählerwille her — erweist sich ein gewählter Stadtrat als Sand im Getriebe des kapitalistischen Staates, dann wird er eben rausgeworfen. Wie sagte doch ein Abgeordneter des Heidelberger Stadtrates: „Wir haben eine wehrhafte Demokratie und müssen dafür eintreten.“ Diese „wehrhafte Demokratie“ aber ist - wie das Beispiel Heidelberg zeigt - offensichtlich nur ein anderer Name für Diktatur. Für die Diktatur der Bourgeoisie, die mit Hilfe von Gesetzen, Polizei und Justiz das Volk unterdrückt.

Sofortige Freilassung von Heinz Baron!

Es ist im Strafvollzug üblich, den Gefangenen, die zwei Drittel ihrer Strafzeit hinter sich gebracht haben, das letzte Drittel der Strafe zur Bewährung auszusetzen. Was für jeden Einbrecher, jeden Dieb und Räuber gilt, ist jetzt bei Heinz Baron abgelehnt worden. Warum? Weil er eben kein Krimineller ist, sondern politischer Gefangener, Kommunist, der zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er an der Demonstration am Roten Antikriegstag 1972 teilgenommen hat.

In dem Schreiben, in dem das Landgericht Münster den Antrag von Heinz Baron auf Aussetzung des letzten Drittels seiner Strafzeit ablehnt, heißt es unter anderem:

„Der Verurteilte hat bei seiner Anhörung erklärt, daß das Statut und das Programm der KPD/ML sowie die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, wonach die Durchsetzung der dort vertretenen politischen Ziele nur mit Gewalt möglich sei, sein Gesetz sei…



Die weitere und restlose Verbüßung der erkannten Freiheitsstrafe wird eine Änderung des Verurteilten schwerlich bewirken können, trägt aber dazu bei, den Verurteilten von der Begehung weiterer einschlägiger Straftaten zumindest während der noch laufenden Haftzeit abzuhalten und ist deshalb erforderlich.“

Einzig und allein deshalb, weil über 10 Monate Gefängnis den Genossen Heinz Baron nicht haben kleinkriegen können, weil er heute wie damals erklärt: „Ich bin Kommunist, ich bekenne mich zum Statut und Programm der KPD/ML“, verurteilt ihn das Landgericht Münster dazu, weitere 5 Monate hinter Gittern zu verbringen. Das ist offener Gesinnungsterror! Das ist das wahre Gesicht dieses kapitalistischen Staates, der sich vor den Massen mit Sprüchen wie: „Es gibt keine politische Verfolgung.“, „Es gibt keine politischen Gefangenen.“ — als „Demokratie“ maskiert.

Genosse Heinz Baron schrieb uns in einem Brief zu dieser Entscheidung des Landgerichts: „Insgesamt handelt es sich um einen äußerst dicken Hund, einen offenen Versuch, die Partei zu kriminalisieren, indem gesagt wird, wer sich auf Statut und Programm der KPD/ML stützt, gehöre hinter Gitter. **… Aber, wie ich schon im letzten Brief schrieb, werde ich mich weder durch den Beschluß kleinkriegen lassen, das hat der Richter immerhin erkannt, noch ist das letzte Wort gesprochen.“**

Genosse Heinz Baron wird gegen diesen Beschluß Beschwerde einlegen. Unterstützen wir seinen Kampf! Protestiert gegen diese Entscheidung! Schreibt dem Genossen Heinz Baron!

Schreibt den Genossen in Haft an folgende Adressen

Sascha Haschemi
Hindenburgring
8910 Landsberg

Heinz Baron
Gartenstr. 26
44 Münster, JVA

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Spontan die „Worte des Vorsitzenden Mao" gekauft

Liebe Genossen,

Freitag, einen Tag nach dem Tod des Genossen Mao Tsetung, wurde bei uns ein Flugblatt dazu verteilt. Die Anteilnahme meiner Kollegen war sehr groß. Einer kaufte mir spontan die Worte des Vorsitzenden Mao ab, die ich ihm kurz vorher geliehen hatte. Immer wieder war zu hören, hoffentlich ändert sich die Farbe Chinas nicht, hoffentlich wird das nicht wie in der Sowjetunion. Viele sagten, Mao habe wirklich viel für die Arbeiter getan.

Was mich besonders gefreut hat, war folgendes: Als ich am Samstag von der Waschkaue zur Werkstatt wollte, rief mich ein Kollege, ich solle mal mitkommen. In der Frühstückspause zeigte er mir, daß die Kollegen das Bild des Genossen Mao ans Schwarze Brett geheftet hatten. Aufgrund dieser Begebenheit habe ich mich weiter im Betrieb umgeschaut. Ich fand in drei weiteren Abteilungen und in meiner auch das Bild des Genossen Mao Tsetung angebracht.

Rot Front, ein Genosse von Hoesch

Das Bildnis Mao Tsetungs angeheftet

Am Tage nach der Nachricht vom Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung verteilte die Partei ihr Flugblatt mit dem großen Porträt von Genossen Mao. Überall merkte ich auf der Arbeit, in wie hohem Ansehen Mao Tsetung bei den Kollegen stand. Ein Arbeitskollege hatte das Flugblatt an der Schutzwand seiner Maschine gehängt und zwar ganz hoch, daß man es schon von weitem sah. Und als ich zum Mittagessen in die Kantine ging, wobei ich durch ein anderes Schiff unserer Werkshalle gehen mußte, sah ich, daß das Porträt mit zwei Klebestreifen direkt neben der Ausgangstür aufgehängt war, so daß es jeder Kollege sah.

Auch in den Gesprächen und Diskussionen brachten die Kollegen ihre Hochachtung vor Mao Tsetung zum Ausdruck. Die meisten sagten, daß er viel Gutes für das chinesische Volk getan habe, z. B. die Bewältigung der Hungersnot. Viele waren auch besorgt, ob der Sozialismus in China nach dem Tod Maos bestehen bleibt. Einer sagte: „Es wäre schlimm, wenn es so würde wie in der Sowjetunion."

Ein Genosse aus Kassel

Großes Interesse an Flugblättern zum Tod des Genossen Mao Tsetung

Als ich am Freitag das erste Flugblatt der KPD/ML zum Tode Maos an der Klinikküche verteilte, wurde ich mehrmals freundlich überrascht, mehrere Kollegen, die sonst ziemlich wenig mit mir reden, sprachen mich so an: „Das ist schade, daß der tot ist, das war ein wirklich großer Mann". Mehrere wollten 2, 3 Flugblätter haben, einige hängten das Bild auf, so waren an mehreren Stellen Bilder aufgehängt, die von Kollegen angebracht waren. Das hat gezeigt, daß viele Werktätige sehr wohl Mao als eine große Persönlichkeit schätzen und nicht als roten Banditenführer, wie die bürgerliche Presse usw. teilweise hetzte. Ich habe fast doppelt soviel Flugblätter verteilt wie sonst.

Rot Front, ein Genosse aus Gießen

Blumen für Genossen Mao Tsetung

Liebe Genossen!

Am 14. 9. kaufte ich auf dem Hamborner Altmarkt (Duisburg) einen Strauß roter Nelken für unsere Trauerfeier am selben Tag zum Gedenken an Genossen Mao Tsetung. Als ich der Marktfrau erzählte, wofür die Blumen waren, sagte sie: „In der ganzen Welt trauern die Menschen um Mao. Was der Mann für die Menschen getan hat! Wenn man sich überlegt, was die Chinesen früher gehungert haben, und wie es ihnen heute geht!" Sie erzählte von ihren Verwandten in der DDR, wie sie dort unterdrückt werden. „In China das ist ein ganz anderer Kommunismus."

Als ich die Nelken bezahlt hatte und gehen wollte, sagte: „Warten Sie mal!" Sie holte einen Strauß mit lila Blumen und gab ihn mir: „Hier, nehmen Sie die mit und stellen Sie die bei der Feier dazu!"

Rot Front, ein Genosse aus Duisburg

Veranstaltungen zur Grundsatzerklärung der KPD/ML:

AUGSBURG
2. 10., 19.30 Uhr, Gaststätte „Deutscher Kaiser", Hersenbachstr. 13

BIELEFELD
1. 10., 19.00 Uhr, Altschildesche Gaststätte

BRAUNSCHWEIG
1. 10., 19.00 Uhr, Gaststätte „Vierlinden", Wiesenstr.

GIESSEN
2. 10., 19.00 Uhr, Gaststätte „Zur Stadt-Lich", Licherstr.

OBERHAUSEN
1. 10., 19.00 Uhr, Sterkrade, Gaststätte Bergheide, Ecke Dorstener/Teutoburger Str.

WESTBERLIN
2. 10., 19.00 Uhr, „Gesellschaftshaus", Neukölln, Karl-Marx-Str. 131. **Es spricht der Genosse Ernst Aust.**

WIESBADEN-BIEBRICH
1. 10., 19.00 Uhr, Turnhalle

WEITERE VERANSTALTUNGEN

HAMBURG-WILHELMSBURG
Veranstaltung der ROTEN GARDE, 1. 10., 19.00 Uhr, Gaststätte „Zur Goldenen Krone", Rothenhäuser Damm 43. Thema: „Was will die ROTE GARDE?"

Spendenaufruf

Unterstützt die Verbreitung der Grundsatzerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"

Vorstand der KPD/ML — Spendenkonto — Sparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321004547 Stichwort: GRUNDSATZERKLÄRUNG

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML:

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30**

Artikel der Wachmannschaft an der Seite Genossen Mao Tsetungs

Vorsitzender Mao, wir werden Dich nie vergessen!

Die Pekinger „Volkszeitung" hat am 14. September einen Artikel der Einheit Nr. 8341 der chinesischen Volksbefreiungsarmee, der Wachmannschaft an der Seite des Genossen Mao Tsetung, veröffentlicht. Der Artikel ist dem Andenken des Genossen Mao Tsetung gewidmet.

Wir drucken im folgenden einige Auszüge daraus ab, in denen die einfache und bescheidene Lebensweise des Genossen Mao Tsetung, seine unermüdliche Arbeit für das chinesische Volk und die Weltrevolution sowie seine Fürsorge für die Soldaten der Wachmannschaft zum Ausdruck kommen.

Vorsitzender Mao, wir werden Dich nie vergessen!

Während Deines ganzen Lebens hast Du alle Deine Kräfte für die Befreiung des chinesischen Volkes, für die Emanzipation der unterdrückten Nationen und Völker der ganzen Welt und für die Sache des Kommunismus eingesetzt. Wir, die wir an Deiner Seite gearbeitet haben, haben gesehen, daß Du Deine Zeit unermüdlich, Tag und Nacht, für die Sache der chinesischen Revolution und der Weltrevolution aufgewendet hast. In der Urlaubszeit und an Festtagen hast Du nicht gerastet, sondern immer gearbeitet und studiert, manchmal einige Tage und Nächte in einem durch. In vielen Nächten haben wir, als wir auf unseren Wachtposten standen, auf Deine hell erleuchteten Fenster geblickt und gedacht: „Vorsitzender Mao, Du solltest für eine Weile aufhören zu arbeiten und Dich ausruhen." Mit der großen Entschlossenheit eines proletarischen Revolutionärs hast Du einen äußerst beharrlichen Kampf gegen Deine Krankheit geführt, weiter Berichte aller Art gelesen und die Arbeit der ganzen Partei, der ganzen Armee und der ganzen Nation bis zum letzten Tag geleitet. Du hast unermüdlich, unter Anstrengung aller Kräfte bis zum letzten Atemzug dafür gekämpft sicherzustellen, daß unsere Partei und unser Staat niemals ihre politische Farbe wechseln und nach der Befreiung der ganzen Menschheit streben. Dein edler revolutionärer Geist wird uns und zahllose Generationen, die nach uns kommen, beflügeln, immer Revolution zu machen.

Der von allen tief verehrte und von ganzem Herzen geliebte Vorsitzende Mao hat sich mehr als irgend jemand sonst um die Massen gekümmert, sie gut gekannt und ist mehr als irgend jemand sonst eins mit ihnen gewesen.

In unserem Vaterland bist Du von Ort zu Ort gereist, tief unter die Arbeiter, armen Bauern, unteren Mittelbauern und Soldaten gegangen, hast Dich um alle möglichen Angelegenheiten gekümmert, hast ihre Lage untersucht und hast Dich immer, auch in den kleinsten Dingen, um das Wohlergehen der Massen gesorgt. Am Vorabend des Frühlingsfestes bis Du aufs Land gefahren, hast Dich auf die Kangs (geheizte, aus Ziegelsteinen gemauerte Betten — RM) gesetzt und Dich herzlich mit den armen und unteren Mittelbauern unterhalten. Du hast uns hinausgeschickt, um Untersuchungen anzustellen, hast Dir geduldig unsere Berichte über das gesammelte Material angehört, bist unsere geschriebenen Berichte Wort für Wort durchgegangen, hast sie korrigiert und verbessert. Du hast sogar die Hirsekuchen probiert, die wir aus unseren Heimatdörfern mitgebracht haben und alle anwesenden Genossen aufgefordert, sie ebenfalls zu probieren. Du hast uns gelehrt, daß wir immer an den guten Eigenschaften der Werktätigen festhalten sollen.

Verehrter und geliebter großer Führer, Vorsitzender Mao, Du hast einfach, im Stil harter Arbeit gelebt, warst immer bescheiden und zugänglich.

Das Haus, in dem Du gewohnt hast, war alt, aber in den über 20 Jahren seit der Befreiung hast Du alle Angebote, es zu renovieren, abgelehnt. Deine Hemden, Jacken und Schuhe waren vom langjährigen Gebrauch dünn geworden. Wir haben oft vorgeschlagen, sie auszuwechseln, aber Du hast es nicht erlaubt. In den drei Jahren vorübergehender Schwierigkeiten unserer Volkswirtschaft (1959-1961) hast Du uns nicht nur ermutigt, durch harte und energische Arbeit die moralische Integrität des chinesischen Volkes hochzuhalten und alle Schwierigkeiten zu überwinden, um dem Druck des Sozialimperialismus standzuhalten und die Auswirkungen der Naturkatastrophen zu überwinden, sondern hast auch selbst aufgehört, Fleisch zu essen und Tee zu trinken, hast Wohl und Wehe mit den Volksmassen des ganzen Landes geteilt. Du hast uns wiederholt daran erinnert, die Tugend der Sparsamkeit zu bewahren und keinen Tropfen Wasser, kein Reiskorn und auch nicht das geringste bißchen Elektrizität zu vergeuden...

Unser großer Lehrer, Vorsitzender Mao, Du hast Dich sehr viel um den Aufbau unserer Einheit gekümmert und um die Fortschritte der Wachen. Trotz Deines vollgepackten Arbeitsplanes hast Du Dir immer Zeit genommen, uns zu empfangen, mit uns zu sprechen, uns zu unterrichten und uns wichtige Instruktionen zu geben. Du hast uns über den Klassenkampf, den Kampf zweier Linien, in Geschichte, Philosophie, Naturwissenschaften und in der Politik der Partei unterrichtet. Du hast die Bedeutung des Kommunismus behandelt und die richtige Art, dem Volke zu dienen.

Im scharfen Kampf zwischen den zwei Klassen, den zwei Wegen und den zwei Linien, hast Du uns dazu angehalten, gewissenhaft die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und ebenso die politische Wissenschaft zu studieren, uns um die Staatsangelegenheiten zu kümmern, gegen den Revisionismus zu kämpfen und ihn zu verhüten. Du hast uns angewiesen, der Welt die Stirn zu bieten und den Stürmen zu trotzen, indem wir uns in die drei großen revolutionären Bewegungen — den Klassenkampf, den Produktionskampf und das wissenschaftliche Experiment — stürzen. Du hast uns zur Teilnahme an der Bewegung für die sozialistische Erziehung hinausgeschickt, Du hast uns zur körperlichen Arbeit an die Basis und an die Front geschickt, um uns in Kämpfen zu stählen. Du hast uns aufgefordert, eine aktive Rolle in der Großen Proletarischen Kulturrevolution zu spielen...

Du hast uns gelehrt, hart zu arbeiten und einen einfachen Lebensstil zu bewahren, bei der Arbeit hohe Anforderungen an uns selbst zu stellen und niedrige Ansprüche in unseren Lebensgewohnheiten zu haben. Du hast uns angewiesen, unsere Unterkünfte und ihre Umgebung zu revolutionieren, Obstbäume, Gemüse, Ölfrüchte und Nutzhölzer anstelle dekorativer Blumen anzupflanzen. Du hast uns gelehrt, den zersetzenden bürgerlichen Einflüssen aller Art zu widerstehen und das bürgerliche Recht einzuschränken...

Verehrter und geliebter Vorsitzender Mao, Du warst um unser Wohlbefinden sehr besorgt. Du bist oft in unsere Schlafräume gekommen, um nach uns zu sehen, Du hast uns über unsere Familienverhältnisse befragt und darüber, wie es um uns steht. Du wolltest wissen, ob wir Briefe von zu Hause bekommen haben und ob dort alles in Ordnung ist. Du hast uns oft gesagt: „Wenn irgend etwas nicht in Ordnung ist, laßt es mich sofort wissen."

Du hast uns Eintrittskarten für besonders gute revolutionäre Opern gegeben. Im Sommer hast Du uns gefragt, ob uns die Moskitos belästigen und hast Anweisung gegeben, unsere Unterkünfte zu besprühen. Im Winter hast Du unsere Hände gestreichelt, um zu sehen, ob uns kalt ist und Du bist oft in unsere Küche gekommen, um unser Essen zu überprüfen. Du hast Dich um unsere Gesundheit gekümmert, uns angehalten, Schwimmen zu gehen, zu trainieren und uns fit zu halten. Du hast oft die Geschenke, die Du von ausländischen Gästen oder Angehörigen unseres Volkes bekommen hast, an uns weitergegeben, so z. B. Pflaumenblüten, Sonnenblumenkerne und Früchte. Du hast uns oft Wachskürbisse und Süßkartoffeln, die Du selbst angebaut hast, gegeben. Mehrmals, als ausländische Gäste oder Angehörige unseres eigenen Volkes Dir Mangofrüchte oder Wassermelonen geschenkt haben, hast Du gesagt: „Die Wachmannschaft soll sie haben, sie hatte die meiste Arbeit von allen."

Vorsitzender Mao, Du bist unser großer Befreier. Es gibt keine Worte, um das Gute, das Du für uns getan hast, zu beschreiben. Alle Siege unserer Partei und unseres Landes wurden unter Deiner Führung errungen; es sind alles große Siege Deiner Lehren. Die Entwicklung unserer Armee-Einheit und die Reifung eines jeden von uns sind das Ergebnis Deiner liebevollen Fürsorge und Erziehung. Wir sind Söhne und Töchter von Arbeitern, armen und unteren Mittelbauern. Einige von uns waren in der alten Gesellschaft Bettler oder Viehhirten, waren zur Kinderarbeit gezwungen oder Waisen. Du hast uns befreit und auf den Weg der Revolution geführt. Wir haben an Deiner Seite gearbeitet und sind vom lebendigen Sonnenschein und lebensspendenden Tau Deiner großen Lehren genährt worden. So sind wir zu revolutionären Kämpfern herangereift.

Wir geloben, so zu leben wie Du es von uns erwartet hast. Wir sind entschlossen, unsere Trauer in Stärke zu verwandeln, Dein Werk fortzusetzen, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied zu nehmen, an der grundlegenden Linie der Partei festzuhalten und die Revolution unter der Diktatur des Proletariats weiterzuführen. Wir sind entschlossen, uns eng um das Zentralkomitee der Partei zusammenzuschließen, die Kritik an Deng Hsiao-ping zu vertiefen, den Kampf zur Zurückschlagung der rechten Abweichung, die versucht, die richtigen Urteile aufzuheben, fortzusetzen, die Erfolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution zu festigen und weiterzuentwickeln, enthusiastisch die neuen sozialistischen Dinge zu unterstützen, das bürgerliche Recht einzuschränken und die Diktatur des Proletariats in unserem Land weiter zu festigen. Wir sind entschlossen, entschlossen Deine Linie über den Aufbau der Armee durchzuführen und uns dabei gut zu bewähren. Wir schwören, unsere Wachsamkeit zu erhöhen, unsere Vorbereitung auf einen Krieg zu verstärken, zu jeder Zeit bereit zu sein, jeden Feind, der eindringt, zu vernichten, das Zentralkomitee der Partei, die Diktatur des Proletariats und unser großes sozialistisches Vaterland zu verteidigen.

Nachruf des Genossen Hua Guo-feng

des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KP Chinas und des Vorsitzenden des Staatsrats auf der Massentrauerkundgebung für den grossen Führer und Lehrer, Vorsitzenden Mao Tsetung

Genossen und Freunde,

heute haben sich hier auf dem Tiananmen-Platz Vertreter der Partei, der Regierung und Organisationen der Armee, Arbeiter, Bauern, Soldaten und anderer Gruppen in der Hauptstadt zu einer feierlichen Massentrauerkundgebung versammelt, um gemeinsam mit den Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes, mit tiefstem Schmerz Vorsitzenden Mao Tsetung, unseren verehrten und geliebten großen Führer und den großen Lehrer des internationalen Proletariats und der unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker zu ehren.

In diesen Tagen sind die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes von grenzenloser Trauer über das Ableben des Vorsitzenden Mao Tsetung erfaßt. Die Sache, der unser großer Vorsitzender Mao sein ganzes Leben geweiht hat, ist fest mit dem Leben der Volksmassen verbunden. Unter der Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung hat das chinesische Volk, das lange unter Unterdrückung und Ausbeutung gelitten hat, sich befreit und wurde Herr seines Landes. Das chinesische Volk liebt, vertraut und verehrt Vorsitzenden Mao aus tiefstem Herzen. Das internationale Proletariat und die fortschrittliche Menschheit sind in tiefer Trauer über den Tod des Vorsitzenden Mao.

Vorsitzender Mao Tsetung war der Gründer und weise Führer der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Volksbefreiungsarmee und der Volksrepublik China.

Vorsitzender Mao stählte und stärkte unsere Partei in den Kämpfen, die sie unter seiner Führung gegen die Klassenfeinde innerhalb und außerhalb des Landes, innerhalb und außerhalb der Partei führte, im harten, langen, scharfen und komplizierten Klassenkampf und Kampf zweier Linien. Die Geschichte der chinesischen Kommunistischen Partei ist eine Geschichte von Kämpfen zwischen der marxistisch-leninistischen Linie des Vorsitzenden Mao und den rechten und „linken" opportunistischen Linien in der Partei. Unter der Führung des Vorsitzenden Mao besiegte unsere Partei die opportunistischen Linien, wie sie von Tschen Du-hsiu, Tjü Tjiu-bai, Li Li-san, Lo Tschang-ling, Wang Ming, Tschang Guo-tao, Gao Gang, Jao Schu-schi und Peng Do-huai vertreten wurden, und triumphierte während der Großen Proletarischen Kulturrevolution über die konterrevolutionäre Linie von Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hisao-ping. Geleitet von der marxistisch-leninistischen Linie des Vorsitzenden Mao hat unsere Partei ständig an Stärke gewonnen; sie entwickelte sich aus kleinen Gruppen mit einigen Dutzend Kommunisten zu einer Partei mit mehr als 30 Millionen Mitgliedern, die nun die Volksrepublik China führt, zu einer disziplinierten Partei, die gewappnet ist mit der Theorie des Marxismus-Leninismus, die Methode der Selbstkritik anwendet und eng mit den Volksmassen verbunden ist, zu einer großen, ruhmreichen und korrekten marxistisch-leninistischen Partei.

Vorsitzender Mao stählte und stärkte unsere Armee in langwierigen revolutionären Kriegen. Schon vor langer Zeit stellte er fest „die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen". Er führte den Herbst-Ernte-Aufstand, gründete die erste rote Arbeiter- und Bauernarmee und errichtete den ersten ländlichen revolutionären Stützpunkt in den Tschingkang-Bergen. In den letzten 50 Jahren führte Vorsitzender Mao unsere Armee bei der Zerschlagung der konterrevolutionären Einkreisungs- und Vernichtungskampagnen, die die Kuomintang gegen die revolutionären Stützpunkte führte, bei der erfolgreichen Durchführung des 25.000 Li langen Marsches, beim Sieg über den japanischen Imperialismus, bei der Vertreibung der vom US-Imperialismus ausgerüsteten 8-Millionen-Truppen der Tschiang-Kai-tschek-Banditen-Armee und — nach der Gründung des neuen China — beim siegreichen Krieg gegen die US-Aggression und zur Unterstützung Koreas, beim siegreichen Zurückschlagen der bewaffneten Provokationen der sowjet-revisionistischen Sozialimperialisten und der Reaktion gegen unser Land und bei der Verteidigung der Sicherheit unseres Vaterlandes. Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution folgte unsere Armee den Lehren des Vorsitzenden Mao und unterstützte die Industrie, Landwirtschaft und die breiten Massen der Linken, übte militärische Kontrolle aus und leistete politische und militärische Ausbildungsaufgaben, womit sie neue Beiträge für das Volk leistete. Vorsitzender Mao formulierte eine marxistisch-leninistische Linie für unsere Armee, für den Aufbau der Armee, die Strategie und Taktik des Volkskrieges, und das ist die grundlegende Erklärung dafür, daß unsere Armee in der Lage war, sich von einer kleinen zu einer großen, von einer schwachen zu einer starken Armee zu entwickeln, zu einer machtvollen Streitmacht, die aus Feldarmeen, lokalen Armeen und einer umfassenden Miliz besteht und zu einer festen Stütze der Diktatur des Proletariats geworden ist. Angesichts dieser Volksstreitkräfte, die mit der Lehre Mao Tsetungs gewappnet sind, wird jeder Feind, der es wagen sollte, einzudringen, in den gewaltigen Wogen des Volkskrieges ertränkt werden.

Indem Vorsitzender Mao sich auf die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus stützte und sie mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution verband, löste er korrekt die auftauchenden grundlegenden Probleme über die gewaltsame Eroberung der politischen Macht, über die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats und die Verhütung einer kapitalistischen Restauration in China.

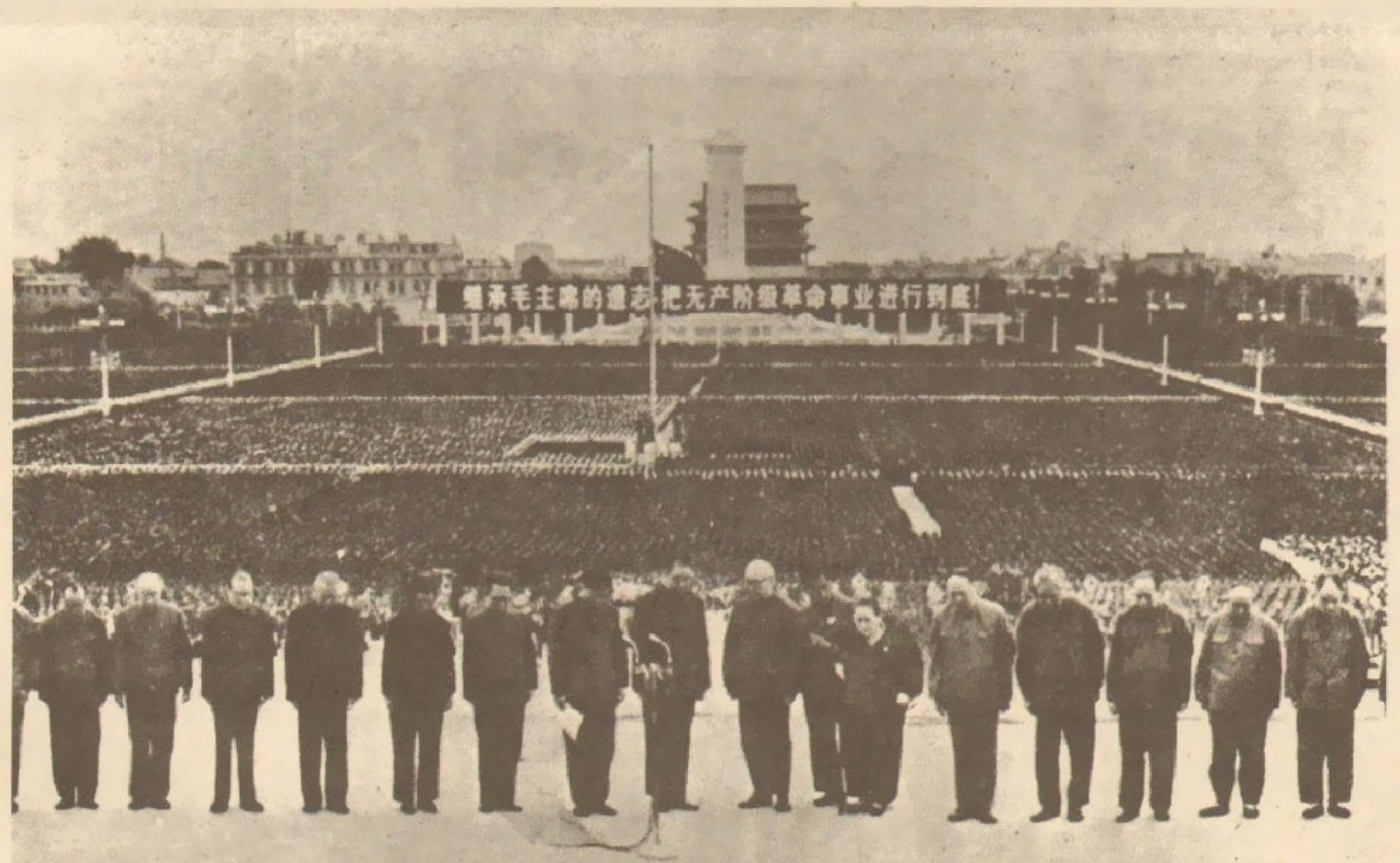
Während der Periode der neudemokratischen Revolution analysierte Vorsitzender Mao die chinesische Geschichte und die gegenwärtigen Bedingungen und den hauptsächlichen Widerspruch in der chinesischen Gesellschaft, gab eine korrekte Antwort auf die Fragen der Ziele, Aufgaben, der Hauptkräfte, den Charakter, die Perspektiven und die Durchführung der neudemokratischen Revolution in China und legte die Generallinie und die allgemeine Politik unserer Partei für diese historische Periode fest. Sie lautete: Die neudemokratische Revolution gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus muß von den breiten Massen des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse durchgeführt werden. Vorsitzender Mao wies darauf hin, daß die gewaltsame Eroberung der politischen Macht in China nur über den Weg des Aufbaus von ländlichen Stützpunkten, über die Einkreisung der Städte vom Land her und schließlich die Eroberung der Städte vor sich gehen kann und auf keinem anderen Weg. Indem Vorsitzender Mao die historischen Erfahrungen unserer Partei zusammenfaßte, wies er darauf hin, daß die chinesische Kommunistische Partei drei hauptsächliche Waffen hatte, um die Feinde in der chinesischen Revolution zu schlagen: eine kommunistische Partei, die gewappnet war mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus, einen marxistisch-leninistischen Arbeitsstil besaß, eine Armee unter der Führung einer solchen Partei und eine Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Schichten unter der Führung einer solchen Partei. Vorsitzender Mao führte unsere Partei dabei, diese drei Waffen anzuwenden, den großen Sieg der neudemokratischen Revolution zu erringen und die Volksrepublik China zu gründen. Der Sieg der chinesischen Volksrevolution unter der Führung des Vorsitzenden Mao veränderte die Situation im Osten und in der Welt und gab der Sache der Befreiung der unterdrückten Nationen und der unterdrückten Völker einen neuen Aufschwung.

In der neuen historischen Periode der so-zialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats in China verallgemeinerte Vorsitzender Mao sowohl die positiven als auch die negativen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung, nahm eine tiefgehende Analyse der Klassenbeziehungen in der sozialistischen Gesellschaft vor, wobei er die marxistisch-leninistische Theorie von der Einheit der Gegensätze anwandte und darauf hinwies, daß der Hauptwiderspruch in der sozialistischen Gesellschaft der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ist. Zum ersten Mal in der Entwicklungsgeschichte des Marxismus stellte Vorsitzender Mao klar und eindeutig fest, daß, nachdem die sozialistische Umgestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln im wesentlichen vollendet worden ist, immer noch Klassen und Klassenkämpfe existieren, erklärte, daß in der sozialistischen Gesellschaft zwei ihrem Wesen nach verschiedene Arten von Widersprüchen existieren, nämlich Widersprüche zwischen uns und dem Feind und Widersprüche im Volk, und entwickelte die große Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats weiter. Vorsitzender Mao schärfte der ganzen Partei, der ganzen Armee und dem Volk des ganzen Landes immer wieder ein: „Niemals den Klassenkampf vergessen!" Er stellte fest, daß die sozialistische Gesellschaft eine ziemlich lange geschichtliche Periode umfaßt, daß während dieser ganzen geschichtlichen Periode Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden sind, daß der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus existiert, daß die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus besteht, daß es die Bedrohung durch Subversion und Aggression seitens des Imperialismus und Sozialimperialismus gibt, und legte so die grundlegende Linie unserer Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus fest.

Den Veränderungen der Klassenbeziehungen und den Besonderheiten des Klassenkampfes in der sozialistischen Periode Rechnung tragend, zog Vorsitzender Mao die wissenschaftliche Schlußfolgerung: „Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei — es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch." Vorsitzender Mao vertrat die Wünsche und Interessen der Arbeiterklasse und der armen und mittleren Bauern, die Revolution fortzuführen, und initiierte und führte persönlich die Große Proletarische Kulturrevolution, die die Pläne zur Restauration des Kapitalismus von Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping zerschlug, ihre konterrevolutionäre revisionistische Linie kritisierte und uns in die Lage versetzte, den von ihnen usurpierten Teil der Führungsmacht zurückzuerobern. Das gewährleistete, daß unser Land auf dem marxistisch-leninistischen Weg siegreich voranschreiten konnte. Dieser ständige Sieg über Subversion und Sabotage durch Imperialismus, Revisionismus und Reaktion, die Verteidigung des Sozialismus und die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China, einem bevölkerungsreichen Land mit einem weiten Territorium — ist ein großer Beitrag von welthistorischer Bedeutung, den Vorsitzender Mao zur gegenwärtigen Ära leistete, und hat gleichzeitig die internationale kommunistische Bewegung mit neuen Erfahrungen im Kampf gegen und bei der Verhütung des Revisionismus, bei der Konsolidierung der Diktatur des Proletariats, bei der Verhütung einer kapitalistischen Restauration und beim Aufbau des Sozialismus ausgerüstet.

Vorsitzender Mao war der größte Marxist der heutigen Zeit. Mit der großen Kühnheit und Weitsichtigkeit eines proletarischen Revolutionärs initiierte Vorsitzender Mao in der internationalen kommunistischen Bewegung den großen Kampf zur Kritik am modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique an der Spitze, führte die schwungvolle Entwicklung der revolutionären Schlachten des Weltproletariats und des Kampfes aller Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus und trieb die Geschichte der Menschheit voran. In allen Bereichen übernahm Vorsitzender Mao den Marxismus-Leninismus als Erbe, verteidigte ihn und entwickelte ihn weiter und bereicherte damit die Schatzkammer der marxistischen Theorie. Die Lehre des Vorsitzenden Mao ist eine mächtige ideologische Waffe im Kampf gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen und im Kampf gegen den Imperialismus, Sozialimperialismus und die Reaktionäre aller Länder. „Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ideologischen und politischen Linie entscheidet alles." Alle Siege, die das chinesische Volk errungen hat, waren Siege der Lehre Mao Tsetungs. Die Lehre Mao Tsetungs wird immer den Weg des chinesischen Volkes in die Zukunft erleuchten.

Vorsitzender Mao ist ein glänzendes Beispiel des vollständigen Einsatzes für die Interessen des chinesischen Volkes und für die Völker der ganzen Welt. Er hat sein ganzes Leben lang bis zum letzten Atemzug alle seine Energie der Sache der Befreiung des chinesischen Volkes, der Befreiung der unterdrückten Nationen und der unterdrückten Völker der ganzen Welt und der Sache des Kommunismus gewidmet. Solche großen proletarischen Revolutionäre wie Vorsitzenden Mao, der die verschiedensten revolutionären Stürme mitgemacht hat, jede Schwierigkeit und Härte überwunden hat und sich immer mit den Arbeitern, Bauern und den anderen Werktätigen identifiziert hat und stets an der Spitze der revolutionären Bewegung stand, um sie vorwärts zu führen, finden sich sehr selten in den Annalen der proletarischen revolutionären Bewegung. Der hervoragende Beitrag, den Vorsitzender Mao auf dem Gebiet der revolutionären Theorie und der revolutionären Praxis leistete, ist unsterblich. Vorsitzender Mao ist von uns gegangen. Das ist ein unermeßlicher Verlust für unsere Partei, unsere Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes, das internationale Proletariat und die revolutionären Völker aller Länder und für die internationale kommunistische Bewegung.



Eine Million Menschen hielten am Nachmittag des 18. September in tiefer Trauer über den Tod des großen Führers und Lehrers, Genossen Mao Tsetung, in Peking eine Trauerfeier ab. Das Bild zeigt den Beginn der Trauerfeier, als Partei- und Staatsführer und die Massen eine Gedenkminute zu Ehren des Genossen Mao Tsetung abhielten.

Die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten im ganzen Land müssen dem Aufruf des Zentralkomitees der Partei folgen, die Trauer in Kraft verwandeln, dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao treu bleiben, den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren, sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben, offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen, müssen die vom Vorsitzenden Mao Tsetung vor langem begonnene revolutionäre Sache des Proletariats bis zu Ende führen. Wir müssen weiter gewissenhaft den Marxismus, Leninismus und die Lehren Mao Tsetungs studieren, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anpacken, an der grundlegenden Linie und Politik der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus festhalten und konsequent die Revolution unter der Diktatur des Proletariats weiterführen. Wir müssen die große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten, die unter der Führung der Arbeiterklasse steht und auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern beruht, festigen, den Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-ping und den auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts vertiefen, die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und weiterentwickeln, den Revisionismus bekämpfen und verhüten und die Diktatur des Proletariats weiter konsolidieren. Wir müssen uns bemühen, unabhängig und selbständig und im Vertrauen auf die eigene Kraft unser Land zu einem mächtigen sozialistischen Staat aufzubauen und für die Menschheit einen noch größeren Beitrag leisten. Wir werden die heilige Sache der Befreiung Taiwans und der Vereinigung unseres Vaterlandes unbedingt vollenden.

Nach außen müssen wir die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao für die auswärtigen Angelegenheiten durchführen und am proletarischen Internationalismus festhalten. Wir werden nie nach Hegemonie trachten. Wir müssen unsere Solidarität mit dem internationalen Proletariat, den unterdrückten Nationen und unterdrückten Völkern der ganzen Welt, unsere Solidarität mit den Völkern der dritten Welt und allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Demütigung seitens des Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind, verstärken und so die breitest mögliche Einheitsfront gegen den Imperialismus, besonders gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, bilden. Wir müssen uns mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt zusammenschließen und gemeinsam mit ihnen für die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die Verwirklichung des Kommunismus auf der ganzen Welt und für die Befreiung der ganzen Menschheit kämpfen.

Vorsitzender Mao wird für immer in unseren Herzen fortleben!

Lang lebe der unbesiegbare Marxismus, Leninismus und die Lehre Mao Tsetungs!

Lang lebe die große, ruhmreiche und korrekte Kommunistische Partei Chinas!

Ewiger Ruhm dem großen Führer und Lehrer Vorsitzendem Mao Tsetung!

Aus aller Welt

INDIEN

Die breiten werktätigen Massen Indiens verstärken ihren Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das reaktionäre Gandhi-Regime. Laut Agenturmeldungen kam es Mitte September in der Provinz Bihar und ihrer Hauptstadt Patna zu großen Widerstandsaktionen des Volkes. Die Einwohner führten mächtige Demonstrationen durch, um gegen die gewaltsame Zerstörung ihrer Häuser durch die Unterdrückertruppen sowie gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen gegen die einheimischen Bewohner zu protestieren. Die Polizei ging gewaltsam gegen die Demonstranten vor. Diese beantworteten die Gewalt der Polizei mit Gewalt. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten, tötete einen Demonstranten und verletzte dreizehn weitere. Bei Handgemengen mit den Demonstranten wurden auch sechs Polizisten verletzt. Die Polizei nahm eine Reihe von Verhaftungen unter den Einwohnern vor. Der erweiterte Kampf des indischen Volkes gegen die Unterdrückung durch das reaktionäre Regime zeigt die Entschlossenheit der indischen Volksmassen, diese Unterdrückung mit verstärktem Kampf zu beantworten.

NORDIRLAND

Der britische Premierminister Callaghan hat kürzlich sein Kabinett verändert. Dabei wurde auch der bisherige Minister für die Probleme Nordirlands, Merlyn Rees, durch Roy Mason ersetzt. Der neue Statthalter Londons brach sofort mit einigen demagogischen Versprechungen nach Nordirland auf. Doch ebenso wie sein Vorgänger stieß er auf mächtige Demonstrationen der breiten nordirischen Massen, die wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit fordern. Beim Verlassen des Flugzeuges auf dem Flughafen von Belfast wurde Mason von Hunderten von Polizisten und Soldaten umringt, um ihn vor den zahlreichen Demonstranten zu schützen, die ihm seinen ersten Empfang auf dem Flughafen bereiteten. Die Demonstranten riefen die Losungen: **„Kolonialisten raus aus Nordirland!" und „Wir werden auch den letzten Besatzungssoldaten aus unserem Land verjagen!".** Gleichzeitig begannen die Patrioten, sobald er angekommen war, mit einer umfassenden Kampagne neuer Kampfaktionen. Allein am 13. September wurde Belfast von 18 gewaltigen Bomben- und Sprengstoffexplosionen erschüttert. 15 Militärfahrzeuge wurden in die Luft gejagt und die durch die Angriffe der Patrioten entstandenen Verluste werden auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt. In Flugblättern, die kurz darauf verteilt wurden, betonen die Patrioten ihre Entschlossenheit, den Befreiungskampf bis zum Schluß fortzusetzen und sie rufen die nordirische Bevölkerung auf, sich nicht von den leeren Versprechungen der britischen Regierung betrügen zu lassen.

OSTTIMOR

Das Volk von Osttimor setzt seinen Befreiungskampf gegen die indonesischen Aggressoren tapfer und mutig fort. Die Befreiungskräfte greifen die Besatzungstruppen fortwährend an und fügen ihnen schwere Verluste an Menschen und Material zu. Bei den Kämpfen, die kürzlich in einigen Gebirgsgegenden Osttimors stattgefunden haben, töteten die patriotischen Kräfte 42 feindliche Soldaten und erbeuteten zahlreiche automatische Waffen und Munition. Bei weiteren Gefechten wurden innerhalb von nur vier Tagen 85 weitere indonesische Soldaten und Offiziere getötet und zahlreiche andere verwundet. Die indonesischen Besatzer sitzen heute isoliert in einigen wenigen Städten wie z. B. der Hauptstadt Dili. Aber selbst dort sind sie vor den Angriffen der Befreiungskämpfer nicht sicher. Wütend über die Niederlagen, die sie durch das kleine, aber freiheitsliebende Volk von Osttimor erlitten haben, greifen die indonesischen Besatzer zu brutalem Terror. So wurde bekannt, daß sie zahlreiche Dörfer im Inneren des Landes mit Napalm bombardierten und damit viele Menschen ermordeten. Doch das sind verzweifelte Anstrengungen, die die Brutalität der Besatzer und ihre Unfähigkeit zeigen, das Volk von Osttimor in die Knie zu zwingen. Der heldenhafte, gerechte Kampf des Volkes von Osttimor hat die Unterstützung auch des indonesischen Volkes, das vom faschistischen Suharto-Regime brutal ausgebeutet und unterdrückt wird und für das dieses Regime ein ebenso brutaler Feind ist wie für das Volk von Osttimor. **„Die indonesischen Kommunisten und das indonesische Volk, die seit zehn Jahren gegen das militärfaschistische Suharto-Regime kämpfen", heißt es in einer Erklärung der Delegation des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Indonesiens, „sind begeistert von dem heldenhaften Kampf des Volkes von Osttimor und lassen sich von ihm anspornen. Das Schicksal der beiden Völker ist durch gemeinsame Leiden miteinander verbunden, die ihnen das faschistische Suharto-Regime antut, und ihr Kampf verschmilzt zu einem gemeinsamen Kampf gegen dieses Regime für den Sieg über die Aggression gegen Osttimor und die Zerschlagung seiner Staatsgewalt."**

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMPUCHEA

SPANIEN

Die werktätigen Massen Spaniens setzen entschlossen ihren Kampf gegen die Unterdrückung und den Terror der faschistischen Monarchie, gegen die ständige Erhöhung der Lebenshaltungskosten und für demokratische Freiheiten, sichere Arbeitsplätze und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen fort. Am 15. September hat in Madrid eine machtvolle Demonstration unter Beteiligung von 150 000 Menschen stattgefunden. Die Demonstranten führten die republikanischen Fahnen der FRAP mit sich und riefen Losungen gegen die faschistische Monarchie. Sie bekundeten einmütig ihre Entschlossenheit, den Kampf für die Republik fortzusetzen. Diese machtvolle Demonstration ist eine Fortsetzung der Demonstrationen und Streiks, die in letzter Zeit in Bilbao, San Sebastian, Navarra, Fuenterabbia, Galizien, Burgos, Pamplona und anderswo veranstaltet wurden. Am 13. September standen etwa 300 000 Werktätige im Klassenkampf. Gegen die Demonstranten wurden zahlreiche Polizeikräfte eingesetzt. Der Innenminister des Carlos-Regimes begab sich persönlich nach Bilbao, um den Einsatz der Polizei gegen die Demonstranten zu leiten. Etwa 70 000 Einwohner demonstrierten in der Provinz Vizcaya und verlangten unter anderem auch die Freilassung aller politischen Gefangenen. In Guipuzcoa, im Baskenland, waren infolge der Demonstrationen und Streiks 90% der verschiedenen Betriebe geschlossen. Zu Demonstrationen kam es auch in den Provinzen Alava, Navarra und anderen, die alle in Zusammenstößen mit der Polizei mündeten.



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Türkei



Schweden: Land des "Klassenfriedens"

Die Arbeiterklasse verstärkt ihren Kampf

Wir beginnen in dieser Ausgabe des „Roten Morgen" eine Artikelserie über die Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen in den nordischen Ländern, über ihren Kampf und die Arbeit der marxistisch-leninistischen Parteien und Parteiaufbauorganisationen. Die Serie ist das Ergebnis eine Reise durch die nordischen Länder und wird Berichte über Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland, Island und die Faröer umfassen. Die Artikel werden in unregelmäßiger Reihenfolge erscheinen. Wir beginnen aus aktuellem Anlaß mit einem Bericht über Schweden und die Arbeit unserer Bruderpartei, der Kommunistischen Partei Schwedens (KPS).

„Mit einem Bein im Sozialismus"?

In Schweden sind gerade die Wahlen zum bürgerlichen Parlament abgehalten worden. Sie endeten mit einer Niederlage der Sozialdemokratischen Partei, die damit zum ersten Mal seit 44 Jahren nicht mehr die Regierung stellt. Das Ergebnis der Wahlen ist Ausdruck der tiefen Krise, die auch Schweden erfaßt hat, und der sich ständig verschärfenden Klassenwidersprüche in diesem Land. Die bürgerlichen Zeitungen und anderen Massenmedien hier bei uns haben Schweden immer als Land des „Klassenfriedens", als einen „Wohlfahrtsstaat, der schon mit einem Bein im Sozialismus steht," hingestellt, als Beispiel dafür, daß ein „gezähmter" Kapitalismus angeblich eine harmonische Entwicklung der Gesellschaft zum Wohle aller garantieren könnte. Dieses Bild, das die bürgerlichen Propagandisten von Schweden malen, ist trügerisch und verlogen. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die Lage der Arbeiter verschlechtert sich ständig. So sagte z. B. Samuel Gradin, Arbeiter der Saab-Scania Automobilwerke in Södertälje, in einem Gespräch mit „Gnistan", dem Zentralorgan der KPS: *„Die Preise und Mieten steigen ständig. Das merkt man. Im Vergleich zu den letzten Jahren müßten wir mehr Geld bar auf die Hand bekommen. Aber so fällt es einem schwer, mit dem Geld bis zum nächsten Lohn auszukommen."* Heute verdient ein schwedischer Arbeiter im Durchschnitt 35 000 Kronen (nicht ganz 20 000 DM — RM) im Jahr. Allein 50% davon gehen an Steuern ab. Bedenkt man weiter, daß die Miete für eine Dreizimmerwohnung in einem Stockholmer Vorort im Durchschnitt jährlich 9 600 Kronen beträgt, kann man sich vorstellen, daß bei einer Preissteigerungsrate von jährlich 10 bis 12% tatsächlich nicht mehr viel zum Leben übrigbleibt. In den letzten zehn Jahren stieg die Ausbeutungsrate der schwedischen Arbeiterklasse um 12,7%.

Der ganze Reichtum des Landes konzentriert sich in den Händen der schwedischen Monopolbourgeoisie. Ein Häufchen finanzkapitalistischer Ausbeuter, nicht mehr als 15 Familien samt ihrem Troß von Direktoren, Managern, Regierungs- und Gewerkschaftsbeamten, besitzt den größten Teil der Industrie, der Transportmittel, der Banken, des Grund und Bodens und der Rohstoffe. 37% aller schwedischen Arbeiter und Angestellten werden von dieser kleinen Gruppe ausgebeutet. Diese Gruppe hält ebenfalls 80% des schwedischen Exports in ihren Händen und beteiligt sich an der Ausplünderung und Unterdrückung anderer Völker. Der angebliche „Wohlfahrtsstaat" steht völlig unter der Kontrolle der Monopolkapitalisten und das gleiche gilt für die bürgerlichen Parteien und insbesondere für die bis jetzt herrschenden Sozialdemokraten.

Mit einem Wort: Schweden steht beileibe nicht „mit einem Bein im Sozialismus". Im Gegenteil. Schweden ist ein kapitalistisches, imperialistisches Land, in dem eine Handvoll von Monopolkapitalisten die große Mehrheit der Werktätigen ausbeutet und unterdrückt. Die schwedische Arbeiterklasse und unter ihrer Führung alle vom Monopolkapital ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten können sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur durch die gewaltsame sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats befreien.



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Schwedens

Die KP Schwedens, Vorhut der Arbeiterklasse

Heute sieht man überall in Schweden, daß sich die Klassenwidersprüche schnell verschärfen. Wo es Ausbeutung und Unterdrückung gibt, da gibt es auch Widerstand. Lange Jahre war es der schwedischen Monopolbourgeoisie gelungen, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken und abzuwürgen. Dabei konnten sie sich auf die verräterischen Führer der Gewerkschaftsorganisation „Landsorganisationen", die, etwa unserem DGB entspricht, und vor allem auf die modernen Revisionisten der „Linkskommunistischen Partei" (V„K"P) stützen, die die Theorie des friedlichen Weges zum Sozialismus propagieren und die Arbeiter auf den Weg der Klassenversöhnung führen wollen. Um den Kampf der schwedischen Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, für die sozialistische Revolution zu führen, wurde nach der Zerschlagung der alten Kommunistischen Partei durch die modernen Revisionisten die Gründung einer neuen marxistisch-leninistischen Partei notwendig. **1967 gründeten die schwedischen Marxisten-Leninisten daher zunächst den Kommunistischen Bund/ML und 1970 die Kommunistische Partei Schwedens.**

Die junge Partei mußte sich sofort im Feuer des Kampfes zweier Linien und des Klassenkampfes bewähren. *„Ende 1969"*, sagte Genosse Linquist, Mitglied des Zentralkomitees der KPS in einem Interview mit Radio Tirana, *„erhoben sich 5 000 schwedische Bergarbeiter spontan zum Streik. Sie forderten höhere und fixe Löhne. Ihr Kampf wurde von der gesamten Arbeiterklasse unterstützt. Die Gewerkschaftsbonzen versuchten, den Streik zu sabotieren und die Streikenden zu spalten. Dieser Kampf stellte einen Wendepunkt im Kampf der schwedischen Arbeiterklasse dar. Er war gleichzeitig ein wichtiges Ereignis für die KP Schwedens. Bis dahin beschäftigten sich die Mitglieder der Partei hauptsächlich mit der Organisierung der Solidaritätsbewegung mit Vietnam und dem Studium der marxistisch-leninistischen Theorie. Der Einfluß der Partei in der Arbeiterklasse war begrenzt. Danach konzentrierte die Partei ihre politische Arbeit auf die Arbeitsstätten unter der Arbeiterklasse."*

Heute hat die KP Schwedens ihren Einfluß unter der Arbeiterklasse beträchtlich ausgedehnt. Als 1975 15 000 Forstarbeiter in einen spontanen Streik traten, waren Mitglieder der Partei nicht nur unter den streikenden Arbeitern, sondern auch im Leitungskomitee des Streiks. Dieser Streik endete mit einem Sieg der Arbeiter, und sie konnten ihre Forderungen durchsetzen. Um die Unterstützung der Arbeiterklasse zu gewinnen, richtet die Partei ihre politische Propaganda hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, die unter den schwedischen Arbeitern einen großen Einfluß hat. Ebenso heftig kämpft die Partei gegen die modernen Revisionisten der VKP. *„Diese Partei"*, heißt es in einem Interview der schwedischen Genossen mit Radio Tirana, *„ist keine fortschrittliche Partei. Sie bekämpft die Bewegung der Massen, ist gegen die sozialistische Revolution und außerdem Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus."*

Mit dem Anwachsen der Kämpfe der Arbeiter — allein 1975 gab es 260 nicht legale Streiks — und der Verstärkung des Einflusses der Partei hat die schwedische Monopolbourgeoisie die politische Unterdrückung verschärft. Die schwedische „Demokratie" entpuppt sich mehr und mehr als nackte Diktatur der Bourgeoisie über die Werktätigen. So hat die schwedische Regierung jetzt zwei reaktionäre Gesetzentwürfe veröffentlicht, denen zufolge Streiks, die nicht von der LO gebilligt werden, illegal sind. Die Arbeiter sollen für ihre Teilnahme an solchen Streiks mit schweren Geldstrafen belegt werden können. Außerdem wurde erst kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das es den Behörden erlaubt, jeden ohne jede Begründung für 6 Stunden einzusperren. Dieses Gesetz wurde bereits bei verschiedenen Demonstrationen angewendet. Die KP Schwedens hat gegen die Antistreikgesetze eine breite Kampagne entfaltet. Sie enthüllte außerdem die Existenz spezieller Geheimdienstorganisationen, die Agenten einsetzen, um die marxistisch-leninistische Bewegung zu spalten. Diese Organisationen registrieren außerdem die aktiven Arbeiter in den Großbetrieben. So sind z. B. 300 von den 1 200 Arbeitern im Göteborger Hafen in den schwarzen Listen einer dieser Organisationen erfaßt. Die Geheimpolizei hat außerdem lange Zeit die Telefongespräche des Büros der Partei in Stockholm abgehört.

Nieder mit den beiden Supermächten!

Schweden ist keine Großmacht. Es ist ein kleines imperialistisches Land, das der Bedrohung durch die beiden imperialistischen Supermächte ausgesetzt ist. Die KP Schwedens ist, wie Genosse Lindgren, der Chefredakteur von „Gnistan" in einem Interview mit Radio Tirana erklärte, *„die einzige Partei, die einen entschlossenen und ständigen Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte führt, die Schweden bedrohen. Der US-Imperialismus und die Nato haben Interesse an Schweden. Der US-Imperialismus hat sogar bis ins einzelne gehende Pläne ausgearbeitet, um Schweden zu besetzen, wenn es notwendig ist. Die Sowjetunion verfolgt ihrerseits eine imperialistische Politik gegenüber den nordischen Ländern. Der sowjetische Sozialimperialismus stellt territoriale Ansprüche an Schweden in der Ostsee. ... Die KP Schwedens hat sich selbst die Aufgabe gestellt, vor den schwedischen werktätigen Massen die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte zu entlarven, um ihnen die reale Kriegsgefahr bewußt zu machen, die heute in Europa durch die aggressive Politik der beiden Supermächte besteht."*

Die KP Schwedens ist heute durch ihre richtige politische Linie und ihre Arbeit unter den Massen bereits zu einer wichtigen Kraft in der Arbeiterklasse geworden. Das hat auch der 2. Parteitag, der vor kurzem erfolgreich abgehalten wurde, bestätigt. Er bekräftigte: „Die strategische Linie (der Partei — RM), den Klassenkampf zu verstärken und die Revolution durchzuführen, steht in vollem Einklang mit den Interessen des werktätigen Volkes."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Westdeutsche Imperialisten

Feinde des Volkes von Namibia

Nach den amerikanischen Imperialisten und in enger Zusammenarbeit mit diesen gehören die westdeutschen Imperialisten zu den stärksten Stützen der Kolonialherrschaft des südafrikanischen rassistischen Regimes über das Volk von Namibia. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das erst vor kurzem während des Besuches von US-Außenminister Kissinger in Hamburg erneut in aller Offenheit bekräftigt. Er sagte: „Die Bundesrepublik hat in Namibia besondere Interessen." Die westdeutschen Imperialisten haben allerdings ein „besonderes Interesse" an der Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes von Namibia.

Früher war Namibia eine Kolonie des deutschen Imperialismus, der ihr den Namen „Deutsch-Südwestafrika" gab. Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts betraten die ersten deutschen Kolonialisten den Boden des Landes. Bezeichnenderweise handelte es sich dabei um Angehörige der evangelischen „Rheinischen Missionsgesellschaft". Das, was sie den Angehörigen der afrikanischen Stämme brachten, war allerdings etwas ganz anderes als die „christliche Nächstenliebe". Sie kamen als Eroberer, in der einen Hand die Bibel, in der anderen das Gewehr. Ihre Missionsplätze waren in Wirklichkeit schwer befestigte Zwingburgen. „Die einzige Beschäftigung war bis jetzt Büchsenmachen", heißt es zum Beispiel in einem Bericht über die Tätigkeit der Missionare in der Missionsstation Otjimbingue. Den Missionaren folgten die Handelsherren und diesen die Großkapitalisten. 1884 hißten die deutschen Imperialisten ihre Flagge in Südwestafrika und erklärten sich selbst zur „Schutzmacht". Die deutschen Imperialisten, die bei der Aufteilung der Welt unter die Großmächte der damaligen Zeit zu spät gekommen waren, betrachteten Südwestafrika als Ausgangsbasis für die Eroberung des ganzen südlichen und vor allem Mittel- und Ostafrikas. Zugleich plünderten die deutschen Monopole, wie z. B. die „Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft", hinter der die „Deutsche Bank" stand, die Bodenschätze des Landes, vertrieben die Afrikaner von ihrem Land und rissen es gewaltsam an sich. Dabei ermordeten die deutschen Imperialisten zahllose Afrikaner — Männer, Frauen, Greise und Kinder. Nur ein Beispiel von vielen: **1893 überfielen deutsche Kolonialtruppen die Siedlung Hornkranz, den Aufenthaltsort des berühmten afrikanischen Führers Hendrik Witbooi und ermordeten 78 Frauen und Kinder.**

Die afrikanische Bevölkerung erhebt sich.

Seit dem Beginn der Kolonialherrschaft hat sich die afrikanische Bevölkerung immer wieder zum Kampf gegen die deutschen imperialistischen Unterdrücker erhoben und einen gerechten Krieg für ihre Freiheit geführt. Obwohl sie der deutschen Kolonialmacht waffentechnisch weit unterlegen waren, obwohl es zwischen den verschiedenen Stämmen tiefe Widersprüche gab, die einen gemeinsamen einheitlichen Kampf des ganzen Volkes äußerst erschwerten, haben die Afrikaner ihren Befreiungskampf niemals aufgegeben. Geführt von ihrem Häuptling Maherero erhob sich 1904 der Hererostamm gegen die deutschen Besatzer zu einem allgemeinen Aufstand. Wenig später schlossen sich diesem Aufstand andere Stämme unter der Führung des Häuptlings Hendrik Witbooi an. Sie stürmten die Festungen der Großgrundbesitzer, belagerten die Städte und Ortschaften der Weißen, zerstörten die Telegraphendrähte und Bahnlinien. Ihr heroischer Kampf versetzte die deutschen Besatzer in Panik. Die deutschen Imperialisten reagierten mit äußerster Brutalität. Sie entfesselten einen Vernichtungskrieg gegen die Hereros und es gelang ihnen schließlich unter Einsatz von mindestens 17.000 Soldaten, die Hereros blutig niederzuwerfen. Zynisch kommentierte das deutsche militärische Oberkommando 1904 nach der entscheidenden Schlacht: *„Das Strafgericht hatte sein Ende gefunden. Die Hereros hatten aufgehört, ein selbständiger Volksstamm zu sein."* Dennoch ging der Kampf noch bis zum Jahre 1907 weiter. Erst dann war es den deutschen Imperialisten vorläufig gelungen, die Hereros und die mit ihnen verbündeten Stämme vollständig niederzuwerfen.

Vorster — Hitlers Propagandist

Mit der Niederlage im ersten imperialistischen Weltkrieg verloren die deutschen Imperialisten auch ihre Kolonie Südwestafrika. Das Land kam unter die Kolonialherrschaft der südafrikanischen Rassisten, hinter denen der britische Imperialismus stand. Dennoch behielt das deutsche Finanzkapital seine beherrschende Stellung in Südwestafrika, der größte Teil der über 12.000 weißen deutschen Siedler blieb im Land oder kehrte kurz nach dem Ende des ersten Weltkrieges zurück. Mit dem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur träumten die deutschen Imperialisten, die die ganze Welt erobern wollten, auch von einer Einverleibung des gesamten südlichen Afrika. Die 5. Kolonne der Faschisten in Südwestafrika war stark und einflußreich. Sie arbeitete eng mit prominenten Angehörigen der burischen Oberschicht zusammen und unterstützte natürlich voll und ganz die rassistische Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung. **Bekanntestes Mitglied der 5. Kolonne des Hitlerfaschismus war der heutige Premierminister der südafrikanischen Rassisten, Vorster.** Die britischen Imperialisten sperrten ihn während des zweiten Weltkrieges wegen seiner offenen Agitation für den Hitlerfaschismus sogar vorübergehend ein. 1942 hatte er zum Beispiel erklärt: *„Wir stehen für einen christlichen Nationalismus ein, dem Verbündeten des Nationalsozialismus."* Gemeinsam mit Angehörigen der rassistischen burischen Oberschicht organisierten die deutschen Imperialisten während des Krieges eine faschistische Organisation, die sich nach dem zweiten Weltkrieg mit der Nationalistischen Partei zur heutigen südafrikanischen Regierungspartei vereinigte. Es ist klar, daß die deutschen Imperialisten auf diesem Boden auch nach dem zweiten Weltkrieg ihre Stellungen und ihren Einfluß in Südafrika und besonders in Namibia behalten und — mit dem Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus — sogar ausbauen konnten. Die amerikanischen, britischen und westdeutschen Imperialisten wurden zu den stärksten Stützen des rassistischen südafrikanischen Regimes.

Die Kolonialherrschaft des rassistischen Regimes über Namibia — die die südafrikanischen Rassisten trotz eines gegenteiligen Beschlusses der UNO weiter aufrechterhalten — garantierte auch den westdeutschen Imperialisten, Riesenprofite aus der Ausplünderung des Volkes von Namibia zu ziehen; garantierte den faschistischen Verbrechern, die nach dem Krieg nach Windhuk, Lüderitz und in andere Städte geflohen waren, ein Leben in Saus und Braus und wachsende Macht, sicherte den 30.000 deutschstämmigen Siedlern riesigen Landbesitz auf Kosten der afrikanischen Bevölkerung. Von den 30.000 deutschstämmigen Siedlern in Namibia sind die überwiegende Mehrheit durch und durch reaktionäre, rassistische Großgrundbesitzer. Auf manchen Farmen sind Hitlerbilder an den Wänden noch heute gang und gäbe. Unter dem Deckmantel, die Interessen dieser Siedler wahrnehmen zu müssen, unterhalten die westdeutschen Imperialisten heute als einziges Land ein offizielles Konsulat in Windhuk. Dieses Konsulat ist eine der wichtigsten Verbindungsstellen zur Verwirklichung der expansiven Pläne, der Raub- und Unterdrückungspolitik des westdeutschen Imperialismus, der „Deutschen Bank" und anderer finanzkapitalistischer Monopole in Namibia. Ganz zu schweigen von der militärischen Unterstützung des westdeutschen Imperialismus für die südafrikanischen Rassisten, die bis zur Lieferung von Anlagen, mit denen die Herstellung von Atomwaffen möglich ist, geht.

Sieg im Volkskrieg

Aber heute hat sich das Volk von Namibia erneut erhoben. Vor zehn Jahren, im August 1966, griff eine Gruppe namibischer Patrioten zum Gewehr und setzte das Signal zum Beginn des revolutionären nationalen Befreiungskrieges gegen die südafrikanischen Rassisten und ihre imperialistischen Hintermänner. Unter der Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) ist dieser Funke heute zu einem Steppenbrand geworden, der die Bastionen der südafrikanischen Kolonialherrschaft, der imperialistischen Ausplünderung und Unterjochung bis in die Grundfesten erschüttert. Mit der Unterstützung der imperialistischen Mächte, darunter auch des westdeutschen Imperialismus, schickte das rassistische Regime 40.000 Soldaten nach Namibia. Es ließ ganze Stämme gewaltsam aus ihren angestammten Gebieten vertreiben, konnte aber das Feuer des Befreiungskampfes nicht löschen. Auch die betrügerischen Komplotte, zu denen die südafrikanischen Rassisten griffen — so organisierten sie eine „verfassungsgebende Versammlung" der weißen Rassisten und einiger afrikanischer Lakaien —, konnte den Kampf des Volkes für seine Befreiung nicht zum Erlöschen bringen. Unter der Maske des Helfers der Befreiungsbewegungen bemühen sich heute auch die russischen Sozialimperialisten, in Namibia einzudringen und das Erbe des rassistischen Regimes anzutreten. Das Volk von Namibia muß daher nicht nur den südafrikanischen Rassisten, den USA- und westdeutschen Imperialisten die Stirn bieten, sondern auch den russischen Sozialimperialisten.

Die über hundertjährige Geschichte der kolonialen Unterdrückung und rassistischen Diskriminierung haben das Volk von Namibia gelehrt, daß es seine Befreiung nur mit dem Gewehr in der Hand erringen kann, und haben seine Wachsamkeit gegen „Schutzmächte" jeder Art erhöht. Sein Kampf wird letzten Endes erfolgreich sein, es wird alle seine Feinde besiegen und seine Freiheit erringen. Dann wird auch die Ausplünderung des Volkes von Namibia durch den westdeutschen Imperialismus ein Ende haben.

Verband der Portugiesischen Revolutionären Kommunistischen Jugend gegründet

Auf Initiative der wiederaufgebauten Portugiesischen Kommunistischen Partei — PCP(R) — hat vor kurzem das erste Treffen der kommunistischen Jugend stattgefunden. An diesem Treffen beteiligten sich Dutzende von Jugendlichen, die meisten von ihnen Arbeiter, die aus allen Teilen des Landes gekommen waren. Die kommunistischen Jugendlichen auf diesem Treffen waren entschlossen, der revolutionären portugiesischen Jugend eine Vorhutorganisation zu geben, und sie nahmen die schwierige Aufgabe auf sich, den Verband der Revolutionären Kommunistischen Jugend (UJCR) zu schaffen.

Bei dem Treffen wurde die Notwendigkeit, die Dringlichkeit und die Möglichkeit betont, mit dem Jugendverband die Organisation zu schaffen und zu stärken, die die Jugend im revolutionären Kampf führen und sie dazu mobilisieren wird, für ihre besonderen Forderungen zu kämpfen. An dem Treffen nahmen auch Genossen des Zentralkomitees der PCP(R) teil. Ihre Anwesenheit und aktive Teilnahme war ein wichtiger Faktor, um das Treffen der kommunistischen Jugendlichen erfolgreich abzuschließen.


PROCLAMAÇÃO DA UNIÃO DA JUVENTUDE COMUNISTA REVOLUCIONÁRIA

BANDEIRA VERMELHA

Aufruf des Verbandes der Revolutionären Kommunistischen Jugend.

Die PCP(R) unterstützt den Verband der Revolutionären Kommunistischen Jugend vorbehaltlos und kämpft dafür, ihm eine revolutionäre Richtung zu geben. Ebenso bekundeten die bei dem Treffen anwesenden Jugendlichen ihren Wunsch, daß die Jugend dem Volk, der Partei und der Revolution dienen soll. Zum Abschluß des Treffens wurde ein Kampfaufruf gebilligt, den der Verband der Portugiesischen Revolutionären Kommunistischen Jugend an alle Jugendlichen des Landes richtet. Darin heißt es unter anderem:

„Nach Gerechtigkeit dürstend, empört über die Ausbeutung und Armut des Volkes, und da sie tiefe antiimperialistische Gefühle hegt, strebt die portugiesische Jugend nach Fortschritt, Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus. Die portugiesische Jugend wird an der Seite des armen Volkes kämpfen, aus dem sie stammt und dem sie zu dienen wünscht, um endgültig die korrupte Gesellschaft zu verändern, sie wird für Volksdemokratie und Sozialismus kämpfen.

Jetzt steht an der Führungsspitze der Jugend der Verband der Revolutionären Kommunistischen Jugend, die vom Marxismus-Leninismus geführte Vorhut und Kampfabteilung. Der Verband der Revolutionären Kommunistischen Jugend wird die revolutionäre Linie der PCP(R) befolgen, er wird ihre Vorhut im Kampf, ihre helfende Kämpferin sein.

Zusammengeschlossen um die marxistisch-leninistischen Kommunisten wird der Verband der Revolutionären Kommunistischen Jugend eine wahre Schule sein für die politische und ideologische Erziehung seiner Mitglieder, für die Formung der jungen Kommunisten, gestählt in den großen Schlachten des Klassenkampfes, bereit, auch das Leben für die Revolution hinzugeben.

Stets mit den Idealen der Revolution vor Augen, wird die Vorhutorganisation der revolutionären Jugend die Jugend weiter zum Kampf für ihre Forderungen im Zusammenhang mit ihren spezifischen Problemen, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz und beim Lohn und für das Recht auf Ausbildung, für die Festigung der Solidarität zwischen der Arbeiter- und Bauernjugend mobilisieren.

Der Verband der Revolutionären Kommunistischen Jugend ruft alle Jugendlichen, die von der Revisionisten-Clique Cunhals in die Irre geführt wurden, dazu auf, die Reihen der revisionistischen Jugendorganisation zu verlassen, die im Dienst dieser Politik steht, sich um den Verband der Revolutionären Kommunistischen Jugend zusammenzuschließen und den gemeinsamen Kampf anzupacken für den Sieg der Revolution."

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-.6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)



Peking-Oper gastiert in der Bundesrepublik

Im Oktober wird das Ensemble der revolutionären Peking-Oper aus der Volksrepublik China zum ersten Mal in vier westdeutschen Großstädten auftreten. Das Ensemble gastiert mit dem revolutionären modernen Tanzdrama „Die Rote Frauenkompanie". Die Aufführungstermine sind: 8. und 9. Oktober in Stuttgart, Staatstheater (Großes Haus); 12., 13. und 14. Oktober im Hamburger Congreß-Centrum; 18. und 19. Oktober im Schauspielhaus Bochum und 22., 23. und 24. Oktober in Westberlin, im Theater des Westens.

„Die Orientierung ist richtig, die Revolutionierung ist erfolgreich dargestellt, auch künstlerisch ist es gut" — so charakterisierte Genosse Mao Tsetung im Jahr 1964 das moderne Tanzdrama "Die Rote Frauenkompanie", das zum 28. Jahrestag der Veröffentlichung der „Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst" von Genossen Mao Tsetung uraufgeführt wurde.

Das Tanzdrama beschreibt, wie während des Zweiten Revolutionä-Bürgerkriegs (1927-1937) unter der korrekten Führung der Kommunistischen Partei Chinas eine revolutionäre Streitkraft — Die Rote Frauenkompanie — entstand, heranwuchs und erstarkte. Das Tanzdrama „Die Rote Frauenkompanie" besingt dabei begeistert das kämpferische Leben der Volksmassen, die, von den Mao-Tsetung-Ideen geleitet, voll stürmischer Begeisterung Revolution machten und gibt ein großartiges Bild von der Macht und Wucht des Volkskrieges. Es beschreibt, wie Wu Tjing-hua, die eine typische Vertreterin der Millionen und Abermillionen unterdrückten und versklavten Werktätigen ist, die tausendjährigen Ketten abwirft, sich erhebt und nach Befreiung strebt. Und es zeigt, wie sie zur Volksarmee gelangt, erzogen wird unter der Führung von Hung Tschang-tjing, einem mit den Mao-Tsetung-Ideen gewappneten hervorragenden Helden, in dessen Gestalt sich die hervorragenden Eigenschaften des Proletariats, der großen Volksarmee und der Kommunisten widerspiegeln.



Szene aus dem revolutionären Tanzdrama „Die Rote Frauenkompanie". Tjing-hua, die Tochter eines armen Bauern schließt sich den Reihen der Kämpferinnen der Roten Frauenkompanie an und nimmt ein Gewehr entgegen.

Frankfurter Buchmesse

Wachsendes Interesse an revolutionärer Literatur

Vom 16. bis 21. September fand in Frankfurt wie alljährlich die Buchmesse statt. Auch in diesem Jahr waren dort der Verlag Roter Morgen, der Rotfront-Verlag und der Gewiso-Vertrieb mit Ausstellungsständen vertreten. Zum ersten Mal nahm auch der Verlag Schneider, in dem der „Rote Morgen" erscheint, mit einem eigenen Ausstellungsstand teil.

Obwohl die Messebeteiligung insgesamt geringer als im Vorjahr war und viele bürgerliche Verlage über geringere Abschlüsse klagten, konnten die Verlage mit revolutionärer Literatur am Ende der Messe mehr Aufträge als im Jahr zuvor verbuchen. Mehrere Buchhändler und Verlage nahmen verschiedene revolutionäre und marxistisch-leninistische Literatur neu in ihr Sortiment auf. Das ist ein Zeichen dafür, daß das Interesse an revolutionärer Literatur weiter anwächst.



Stand des Gewiso-Buchvertriebs auf der Frankfurter Buchmesse

Im Mittelpunkt der Neuerscheinungen von Gewiso, Rotfront-Verlag und Verlag Roter Morgen stand die Herausgabe der Ausgewählten Werke des Vorsitzenden der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha. Von dieser Ausgabe, die in drei Bänden erscheint, wurde der erste Band auf der Buchmesse vorgestellt. Zu einer öffentlichen Vorstellung der Ausgabe, die in den Mitteilungen der Messeleitung angekündigt wurde, sammelten sich viele Menschen am Stand, die interessiert zuhörten. Auf großes Interesse stieß aber auch der kurz zuvor erschienene Band mit Reden, Briefen und Dokumenten des Genossen Enver Hoxha zum Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus. Der RIAS-Berlin sendete dazu ein Interview mit dem Verleger des Verlages Roter Morgen. Sehr gefragt war auch die zur Subskription angebotene erweiterte Auflage der Werke Stalins in 16 Bänden, die inzwischen die einzige Ausgabe in deutscher Sprache ist. (Der „Rote Morgen" wird in einer der nächsten Nummern auf diese neue Ausgabe der Stalin-Werke eingehen.)

Der Rotfront-Verlag stellte auf der Buchmesse eine Sammlung albanischer Kurzgeschichten über den revolutionären Befreiungskampf des albanischen Volkes unter dem Titel „Stürmische Jahre" vor. Viele Besucher der Messe, die nachmittags für jeden Interessierten geöffnet war, blieben vor dem Stand des Verlags Schneider stehen, in dem der „Rote Morgen" erscheint. Unter dem Titel „9 Jahre Roter Morgen" wurde am Stand eine Ausstellung mit verschiedenen Titelseiten der 9 Jahrgänge gezeigt. Tausende Besucher nahmen sich Probeexemplare des „Roten Morgen" mit.



Vorstellung der Werke des Genossen Enver Hoxha auf der Frankfurter Buchmesse.

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.
LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13.Uhr.
LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding). Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.
48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.
28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.
41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.
44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.